

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat. — Post- bezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk und Welt“ mit „Sied- lung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295
Verlag: Donhoff 2506-2507

Sonntagabend, den 1. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkontos: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Distrikts-Genossenschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einzeilige Standard- zeile 0,30 Goldmark. Reklameweile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des Fortdruckes Wort 0,20 Gold- mark (außer zwei Fortdrucke Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Blatt geteilt nach 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Geschäft von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der schuldige Hasardeur.

Ludendorff gegen Marxisten, Juden und Zentrum.

Auf der Anklagebank in München sitzt der Geist, der Deutschland zugrunde gerichtet hat, verkörpert in einem kaiserlichen General. Sein Name ist Ludendorff.

Dieser Mann war es, der Deutschland in den unbeschränkten U-Bootkrieg hineinstieß und damit gegen das ausgebeutete und ausgehungerte deutsche Volk auch noch Amerika auf den Plan rief.

Dieser Mann war es, der alle Bestrebungen einsichtiger Politiker, einen rechtzeitigen Frieden herbeizuführen, rücksichtslos unterdrückte und der, als er sein Spiel verloren sah, um einen schleunigen Waffenstillstand bettelte.

Blödsinnig sah sich das deutsche Volk vor einem Abgrund, den man ihm bisher mit listigen Lügen verborgen gehalten hatte, es sah, daß alle Ströme von Blut nutzlos hingegossen waren, daß der „Siegfrieden“ der Feinde vor der Tür stand. Blödsinnig rief die künstlich hochgehaltene Stimmung, und das Kaiserreich brach zu sammen.

Ludendorff flüchtete mit blauer Brille und unter falschem Namen nach Schweden. Er glaubte wohl nichts anderes, als daß das rasende Volk diejenigen, die es ins Verderben geführt hatten, totschlagen würde. Der General, der Millionen in den Tod geschickt hatte, fürchtete für sein Leben.

Es geschah nichts von alledem. Keiner der Schuldigen erlitt das Schicksal, das sie selber später, als ihr Mut wieder gelassen war, Erzberger und Rathenau bereiteten. Das Volk wollte keinem etwas zuleide tun, es wollte nur seine neuen Lebensformen aufbauen und sich einen neuen mühsamen Aufstieg suchen.

Ludendorff kam zurück. Er hatte seine Lebensläge gefunden, die Dolchstoßläge.

Diese Dolchstoßläge vergiftet seit Jahren unser innerpolitisches Leben. Sie ist eine Beschimpfung des deutschen Volkes, das unter verblendeter Führung im Kampfe gegen eine Welt das Ungeheuerste geleistet hatte, schließlich aber der Uebermacht unterlag. Sie hat keinen anderen Zweck als den, Ludendorff und seine Mitschuldigen von einer Schuld reinzuwaschen, die vor der Weltgeschichte feststeht.

Der Mordanschlag an Andersdenkenden wurde zur Waffe des politischen Kampfes. Geheimorganisationen wurden gebildet, Waffen wurden gesammelt, um die Republik durch einen Gewaltstreich niederzuwerfen. Und es gab keinen rechtsradikalen Putz, hinter dem nicht, vorsichtig lauend, Ludendorff stand.

Am dem Rapp-Butsch vom März 1920 war er ein Hauptbeteiligter. Als es schief ging, rief der Held wieder aus, diesmal nach Bayern. Von dort aus hat er seitdem das Reich unterminiert.

Drei Jahre lang hat er sich auf die Aufgabe vorbereitet, den Bürgerkrieg nach dem Norden zu tragen. Am 8. November v. J. glaubte er, es wäre so weit und stellte sich an die Spitze der „nationalen“ Bürgerkriegsarmee. Er hat wieder falsch spekuliert, er hat wieder — zum wiewieltenmal? — bewiesen, daß ihm in politischen Dingen jedes Urteil fehlt und daß er nichts anderes ist als das, als was ihn klarsichtige Untergebene schon während des Krieges bezeichneten: „ein wahnsinniger Rabett“.

So wahnsinnig war Ludendorff aber nie, selber etwas zu riskieren. Immer hielt er sich vorsichtig im Hintergrund, und Lossows 51prozentige Wahrscheinlichkeit des Gelingens genügte ihm nicht. Er wollte die 100prozentige, er glaubte, sie nach dem Hitler-Butsch und dem Treueid Rahr zu besitzen; er hat sich nur — dumme Teufel in der Politik, der er immer war — wieder einmal verrechnet.

Jetzt sitzt er in München auf der Anklagebank. Aber auch hier verläßt ihn nicht das Glück, das ihn bei allem Unglück, das er anderen bereitete, stets noch begleitet hat.

Denn der Staatsgewalt, die ihn anklagt, fehlt zur Anklage jedes Recht. Und die allgemeine Entrüstung wird auf Personen abgelent, die nicht auf der Anklagebank sitzen und die dennoch eine weit erbärmlichere Rolle gespielt haben als die Angeklagten. Rahr hat es fertig gebracht, daß es einen gibt, über den sich selbst Ludendorff noch moralisch erheben kann.

Der Fall Rahr ist erledigt. Der größere Fall Ludendorff harret noch der Erledigung.

Sie kann nicht erfolgen durch ein bayerisches Gericht. Sie kann nur erfolgen durch eine Reinigung des Volksgewissens. Daß ein Teil des deutschen Volkes in einem Mann wie Ludendorff seinen Helden und Führer erblicken kann, ist ein Symptom moralischer Erkrankung.

Auf der Anklagebank in München sitzt der Geist, der Deutschland zugrunde gerichtet hat. Aber kein bayerisches

„Volksgericht“, nur das Volk selbst kann ihm das Urteil sprechen.

BS. München, 29. Februar.

Im weiteren Verlauf des an Kriebels Rede anschließenden Frage- und Antwortspiels fragt:

Justizrat Jeszchowitz: Ist es richtig, daß bei der Sitzung am 6. November bei Rahr auch der städtisch verfolgte Ehrhardt zugegen gewesen ist? Und daß er von Rahr außerordentlich herzlich begrüßt wurde? — Angekl. Kriebel: Ich habe das in meiner Vernehmung angegeben und was ich damals gesagt habe, ist Tatsache. — Justizrat Jeszchowitz: Ist Ehrhardt vielleicht in dem Zimmer nur nicht bemerkt worden? — Angekl.: Das ist vollständig ausgeschlossen. — Angekl. Dr. Weber:

Ehrhardt ist auch von Lossow und Seifert sehr herzlich und freundschaftlich bewillkommt worden. — R. A. Roder: Ist Ehrhardt vielleicht sogar von Vertretern des Justizministeriums begrüßt worden? — Angekl. Kriebel bejaht es. — Hitler: Bei der Besprechung am 8. November glaubte Kriebel offenbar, daß ich Rahr nur eine Mitteilung machen wollte. Das ist nicht richtig. Ich beabsichtigte, ihm drei Fragen vorzulegen: 1. Wollen Sie überhaupt handeln? Wenn nicht, dann Schluß. 2. Wie wollen Sie handeln? und 3. Wann wollen Sie handeln?

Hätte Rahr gesagt, daß er noch 8 Tage Frist brauche, so würde ich meine Aktion abgebrochen haben.

R. A. Meyer: Wären Sie dazu überhaupt noch imstande gewesen? — Hitler: Jawohl, da der Kreis der Mitwisser ein ganz kleiner war.

Ludendorffs Vernehmung.

Inmitten nachdem die Nachmittags-Sitzung um 3 Uhr eröffnet ward, richtete der Vorsitzende an General Ludendorff die Frage, ob er sich zur Sache äußern wolle. Ludendorff erhebt sich. Man merkt ihm eine starke Erregung an; seine ersten Worte sind fast völlig unverständlich, leise abgehört, man hört nur, daß er seinen Kameraden dafür dankt daß sie seine treue Arbeit für Vaterland, Volk und Herrscherhaus anerkannt haben. Dann fährt er lauter fort:

Meine Teilnahme an dem Unternehmen begann mit dem 21. Oktober. An diesem Tage wurde mir die Inpflichtnahme der bayerischen Truppen durch den bayerischen Staat

bekannt. Ich sah darin eine militärische Notwendigkeit, einen schweren Verstoß gegen den Beginn einer Coderung und Schwächung des Reiches, die ich für unvermeidbar hielt mit unserer Stellung in der Welt als Volk und Staat. Was Hitler in seiner wundervollen Rede gesagt hat, gilt auch für mich.

Ein Feind der Marxisten.

Ich sehe den Niedergang unseres Volkes nicht in einem Akt äußerer Gewalt, sondern in innerer Schuld. Ueber meine Einstellung zur marxistischen und kommunistischen Ideenwelt besteht kein Zweifel. Diese Ideenwelt hat sich vor dem Kriege gegen jede Wehrmacht unseres Volkes ausgesprochen. Scheidemann hat in Paris das Wort gesprochen: „Ihr seid nicht unsere Feinde, sondern unsere Freunde und Bundesgenossen. Der Feind steht wo anders.“ Es kamen die Bestrebungen, den deutschen Sieg zu nichte werden zu lassen, es kam der Munitionsarbeiterstreik und schließlich im Oktober 1918 das furchtbare Wort: „Deutschland soll, das ist unker fester Wille, keine Kriegsschiffe für immer streichen, ohne sie je wieder zu entsalten.“ Daß Leute mit solchen Gedanken unserem Volk die Freiheit wiederbringen können, ist für mich ausgeschlossen. Deshalb gilt mein Kampf allen, die in der marxistischen und kommunistischen Gedankenwelt stehen.

Die jüdische Gefahr.

Im Zusammenhang damit steht die jüdische Frage; die jüdische Gefahr habe ich vor und im Weltkrieg kennengelernt und mich damit befaßt. Die jüdische Rasse verdirbt unser Volk physisch und moralisch. So wenig ein Engländer und Franzose Einfluß auf unser Volk gewinnen darf, so wenig auch ein Jude. Auch von ihm ist die Freiheit nicht zu erwarten und deshalb bin ich gegen ihn. Ich muß mich jetzt noch mit einer Frage befassen, die mir sehr schwer wird und die Sie dürfen mir glauben, daß ich es nur tue, weil es mir um ein Volk bitter ernst ist. Wir bilden uns ein, daß die Wirtschaft unser Schicksal sei. Aber mag sie noch so einflußreich sein, letzten Endes werden geistige Mächte und Ideen die Geschichte der Welt bestimmen. Ich komme

zur ultramontanen Frage.

Die Presse wird natürlich sofort sagen: „Ludendorff predigt den Kulturkampf“. Nein, ich schäme die Konfessionen gleich hoch ein. Ich bin unendlich die gesonnenen katholischen Soldaten, wie ihre evangelischen Kameraden, aber ich weiß auch, daß die gesonnenen katholischen Soldaten das Großdeutschland erschufen, das wir wünschen. Die Vorgänge hier in Bayern bei Gründung des Deutschen Reiches sind bekannt. Auch in Preußen waren starke ultramontane Kräfte tätig, die keinen Aufstieg als ein Unrecht empfanden.

Anklage gegen das Zentrum.

Im neuen Deutschen Reich verhinderte vornehmlich das Zentrum eine stetige Politik in den östlichen Provinzen Preußens und in Elsaß-Lothringen. Ich habe das als Offizier dort mit eigenen Sinnen aufgenommen. Dank der Zentrumspolitik ist Oberschlesien polnisch geworden und so schließlich verlorengegangen. Bismarck sagte, daß die Politik des Zentrums eingestellt ist auf die Zerstörung des unbeherrschten Gebildes eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaiserthum, und meinte weiter: „Reichsfeinde, theoretisch und absolut sind die Herren nicht, aber das Reich, wie wir es haben, paßt ihnen nicht.“

Da kam der Weltkrieg. Im Volke blieb der deutsche Gedanke erhalten. Nach meiner Verabschiedung im Jahre 1918 war ich gezwungen, nach Schweden zu gehen.

Dort las ich in den Zeitungen, wie in Bayern für einen Sonderfrieden Stimmung gemacht wurde. Der „Bayerische Kurier“ schreibt am 26. November 1918 in Nr. 329 unter — wohlgenannt — der Spitzmarke: „Ruhe die Stunde“: „Barum, Herr Präsident Eisner, lassen Sie das alle, von Preußen beherrschte Reich, nicht verschwinden, wie die deutsche Kolonie.“ — Jerner: „Sagt Euch endlich los von einem Deutschland, in dem Preußen und Berlin das herrschsüchtige, noch immer den Ton angeben will. Sagen Sie, Herr Minister, nochmals: Bayern will den Sonderfrieden. (Diese letzten Worte in Fettdruck) ... Alles, was nicht preußisch ist, wird sich uns (Bayern) anschließen.“ — und: „ebenja sicher kommt schließlich der deutsche Staatenbund ohne das Berlinertum und sein spezifisches Preußen.“ — Herr Minister, ich glaube, Sie denken selbst so — ich sage: Los von Preußen. Schaffen Sie den vorparlamentarischen Volksstaat Bayern, erbitten Sie den Sonderfrieden. — Wir werden den Frieden haben, nur die Preußen nicht, die der slavische Einschlag verdorben hat.“

Ein weiteres sehr ernstes Symptom der soeben gekennzeichneten Wirkung jener geistigen Mächte, und zwar diesmal im Gewande der Wirtschaft, war der Aufsatz Dr. O. Heims im „Bayerischen Kurier“ vom 30. November und 1. Dezember 1918. Dr. Heim schreibt nun in seinem 2. Abschnitt über „Die künftige Gestaltung Deutschlands“: „Das restige Mitteldeutschland bleibt Staatenbund wie bisher. — Zweiens: Deutschösterreich oder Teile von Deutschösterreich vereinigen sich mit Teilen des bisherigen Deutschlands.“ — „Von bayerischen Standpunkt aus betrachtet wäre das Bestere entschieden vorzuziehen.“

Was mit dem übrigen Deutschland geschehen soll, ist hier nicht gesagt. Herr Dr. Georg Heim glaubte, es werde dem Bolschewismus verfallen, in dem Bayern sich doch damals auch befand. Wien und Niederösterreich sollten ausgeschlossen sein.

Das war 1918. Im Frühjahr 1919 war die bekannte Zusammenkunft Dr. Heims mit französischen Offizieren.

Ludendorff zitiert dann den bekannten Briefwechsel, den Graf Bothmer mit dem Abg. Heim über die rheinische Bewegung führte.

In seinem Brief vom 4. Mai 1920 zählt Graf Bothmer verschiedene Einzelheiten auf, die er unternommen hat, um den Wirkungsbereich der bayerischen Politik im Rheinland zu erweitern. Was würde Bayern sagen, wenn Preußen z. B. in Frankreich ähnlich handeln würde? Ich habe diese Handlungen als einen Treubruch an ungeschriebenen Befehlen angesehen, die Deutschland in ein Unglück stürzen müßten. Nun noch zum Schluß folgende Stelle: „Als weitere Beilage gebe ich Ihnen einen Brief des Prinzen Jüdenburg in Darmstadt und die Abschrift eines Memorandums, das dieser mit der Abschrift Ihres Briefes an mich nach Mainz weitergegeben hat. — Sie können, verehrt Herr Geheimrat, daraus erleben, wie ruhig, sachlich und nach einem einheitlichen Prinzip arbeitend, schon seine Mittelstämme gedrückt sind.“

Ich war erschüttert, als ich das las. Es ist nicht ein Brief an Herrn Fuchs oder Wachauss, sondern an einen — wohl den hervorstechendsten Führer der bayerischen Volkspartei,

der seine Briefe an Graf Bothmer unterzeichnete: „Mit herzlichsten Grüßen Ihr Dr. Heim.“

Am 21. April 1920 schreibt Graf Bothmer, nachdem er festgestellt, Dr. Heim habe einen Herrn I. zu Verhandlungen mit Franzosen nach Italien geschickt: „Ich habe verstanden, daß Herr I. zu Herrn v. Rahr geht. Denn erstens ist Herr I. nicht der geeignete Mittelsmann zwischen den französischen Regierungsvertretern und der augenblicklichen Staatsregierung und zweitens muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß jeglicher außenpolitische Verkehr durch Ihre Hände geht, damit nicht in Ihrer Abwesenheit unbeholfene und schlecht unterrichtete Regierungsstellen eine offizielle Haltung einnehmen, die sie dann unter Umständen desavouieren müssen.“

In einem Briefe Bothmers vom 4. Mai 1920 wird auch Dr. Heim als der eigentliche Staatsmann Bayerns und darüber hinaus als die Persönlichkeit bezeichnet, um die sich alle Kräfte zur Veränderung der deutschen Staatsform zu gruppieren haben. Dr. Heim nimmt in einem Brief an Graf Bothmer vom 12. April 1920 wie folgt Stellung: Frankreich solle erklären: „Mit einem föderalistischen Deutschland, das das Schwergewicht in den Einheitsstaaten verlegt, sind wir gern bereit, uns zu verständigen.“ Und fügt noch hinzu: „Wie glänzend könnte heute Frankreich seine Stellung in Westeuropa gestalten, und diesen weithistorischen Moment veräußern Frankreich. Es präpariert sich das Verderben.“

Wie sich Dr. Helm die Lösung denkt, geht aus einem Briefe vom 7. Juli 1920 an Graf Bochmer hervor, nachdem er erst am 8. einen Brief an diesen geschrieben hatte. Bemerkenswert ist, daß Geheimrat Dr. Helm von einer in Mainz stattgefundenen Unterredung spricht — vielleicht einer zweiten Unterredung mit französischen Unterhändlern.

Es war damals die Zeit des Höhepunkts der militärischen Machtkastung des Volksweltens. Dr. Helm wendet sich gegen die Abtrennung der ostelbischen Provinzen Preußens, da diese dann an den Ruf nach Ruhe gebietet würden. — weil dem völkerverwundlichen Ausland alsbald ein militärisches folgen würde, was auch dem alspreußischen Militarismus wieder auf die Beine helfen würde. Das war die deutsche Begründung Dr. Helms.

Die Hannoveraner.

Und dann z. B. in einem weiteren Briefe: „Die Hannoveraner aber sind ein Kapitel für sich, und da sind Sie wohl nicht genau unterrichtet, weder über Personen, noch über Verhältnisse. Die Sache liegt nicht so einfach. Sie können von mir einmal mündlich darüber hören, wie bei den Hannoveranern die Dinge liegen. Wegen der Hannoveraner uns sofort Landespartei zu nennen, bestand keine Veranlassung. Ich hoffe, daß wir auch mit den Hannoveranern auf einem Boden kommen. Da muß aber noch einiges geregelt werden.“ Geheimrat Helm unterstreicht dann seine Bekanntschaft mit Herrn v. Dänneberg, dem bekannten Führer der Lösungsbestrebungen Hannoverers aus dem preussischen Staatsverband.

(Fortsetzung des Berichts in der 2. Beilage.)

Ohne Ausnahmezustand.

Seccks Abschied.

Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Secck erläßt einen Befehl an die Reichswehr. Er bescheinigt sich darin Leistungen, die ihm sonst kaum jemand zugute schreiben wird. Es ist erfreulich, daß v. Secck der Ansicht ist, daß die Reichswehr nicht alltagstarbeit eines überflüssig und sinnlos gewordenen Ausnahmezustandes leisten solle. Während des Ausnahmezustandes war die Praxis mindestens der General v. Secck unterstellten Reichswehrgeneräle nur allzuoft eine andere. Die Generale haben mit ihrem hineinprüfischen in Dinge, die sie nicht verstanden und offenbar auch nie verstehen werden, der Reichswehr schweren Schaden zugefügt und den Elementen, gegen die sie eingesetzt wurden, nur genügt. Wir hoffen im Interesse der Reichswehr selbst, daß sie nicht wieder zu Aufgaben herangezogen wird, zu deren Bewältigung sie nicht geschaffen und nicht befähigt ist. In der Republik und der Demokratie hat der General sich der Zivillgewalt unterzuordnen. Auch im Ausnahmezustand, wenn er noch einmal notwendig werden sollte, muß die Leitung in der Hand politisch verantwortlicher Instanzen bleiben.

Freigabe der verbotenen Parteien.

Der preussische Minister des Innern, Seering, erläßt an die preussischen Behörden eine Verfügung, die sich mit der am 1. März durch die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes eintretenden Situation beschäftigt. Was die Verbote der Kommunistischen Partei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei angeht, so wird in der neuen Verfügung des Ministers folgendes ausgeführt: Durch des Außerkräftretens der Anordnungen der Militärbehörden ist auch das vom Chef der Heeresleitung unter dem 20. November 1923 ergangene Verbot der Kommunistischen Partei hinsichtlich geworden. Dagegen sind die vom Minister Seering schon vor Verhängung des Ausnahmezustandes verfügten Verbote der „Proletarischen Hundertschaften“, des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte und des Zentralausschusses der Groß-Berliner Betriebsräte in Geltung geblieben. Aus Gründen der gleichmäßigen Behandlung parlamentarischer Parteien hält jedoch der Minister sein am 23. März vorigen Jahres erlassenes Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei nur insoweit aufrecht, als es sich auf die als militärische Kampforganisationen zu betragenden deutschvölkischen Turner und Hundertschaften sowie irgendwelche sonstigen Erschließungsorganisationen dieser Art bezieht. Dagegen hebt der Minister das Verbot im übrigen auf im Hinblick auf die par-

mentarische Betätigung der Deutschvölkischen Freiheitspartei, wie sie insbesondere bei den jüngsten Wahlen zu den Landtagen in Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Lübeck in Erscheinung getreten ist.

Ein Aufruf des sächsischen Ministeriums.

Dresden, 29. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamtministerium erläßt unterm 1. März folgenden Aufruf an die sächsische Bevölkerung:

Der militärische Ausnahmezustand ist aufgehoben. Damit übernimmt die sächsische Regierung wieder die Verfügungsgewalt über das Volkswesen des Landes.

Die Regierung ist entschlossen, Handel und Wandel, Arbeit und Unternehmungsfreudigkeit kräftig zu fördern und richtet an die gesamte Bevölkerung die ernste Bitte, sie in diesem Bestreben zu unterstützen.

Wo erneut Verfaßt werden sollte, durch Anrufen oder Gewalttätigkeiten die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung zu gefährden, wird die Regierung die Nachmittel des Staates zum Schutze der gesamten Bevölkerung anzuwenden.

Anrufen und gewalttätige Störungen des Wirtschaftslebens schädigen in erster Linie und am nachteiligsten die wirtschaftlich schwachen Teile unseres Volkes. Es halte sich deshalb jeder von Gewalttätigkeiten fern und bemühe sich, an der völligen Befundung des allmählich wieder ausblühenden Wirtschaftslebens zu seinem Teile mitzuarbeiten.

Die Sozialdemokratie und das platte Land.

Uns wird geschrieben:

Der Ausgang der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin hat in der Presse lebhaft Beachtung gefunden. Obwohl bei diesen Wahlen nur 1 Proz. der deutschen Wählerschaft votiert hat, ist das Wahlergebnis beachtenswert, weil es in einem Gebiet erfolgte mit einer wesentlich agrarischen Bevölkerung. Es ist die Auffassung verbreitet, daß auf dem Lande die Sozialdemokratie schlecht abgeschnitten habe und dagegen die Völkische eine starke Zunahme zu verzeichnen hätte. Gewiß hat das Wahlergebnis der Sozialdemokratie einen erheblichen Rückgang an Stimmen gebracht. Es ist aber unsere Aufgabe, uns für darüber zu sorgen, wie die politischen Verhältnisse auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung gemindert haben.

Mecklenburg-Schwerin hat 43 Städte, von denen der größte Teil nur eine geringe Zahl von Einwohnern hat. Diesen Städten und Landstädten ist das Wahlergebnis auf dem sogenannten platten Lande gegenüberzustellen. Am besten orientiert hierüber nachstehende Aufstellung, wie die Stimmen sich auf die Parteien, die Mandate erhalten haben, verteilen. Die Stimmen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, des Wirtschaftsbundes, einer Landpartei, und des Republikanischen Häuserbundes, sind hier, weil geringfügig, der Kürze wegen weggelassen.

Für die Parteien, die Mandate erhalten haben, wurden Stimmen abgegeben:

	In 43 Städten	Proz.	Auß. platt. Lande	Proz.
Sozialdemokr. Partei	81 570	20	42 803	28
Kommunistische Partei	25 238	16	19 556	13
Deutsche Volkspartei	19 118	13	4 848	3
Demokraten	8 726	5	2 998	2
Völkische	85 541	23	27 715	18
Dtsch. Nat. Volkspartei	41 150	25	53 508	36

Greift man die beiden Städte Rostock und Wismar heraus, die Städte, die am meisten industriell und kommerziell durchzogen sind, dann ist der Vergleich mit vorstehender Gesamtaufstellung auch beachtenswert:

	Rostock	Proz.	Wismar	Proz.
Sozialdemokr. Partei	8317	23	2672	21
Kommunistische Partei	6058	16	2508	19
Deutsche Volkspartei	4824	13	1054	8
Demokraten	1577	4	409	3
Völkische	6581	18	4889	38
Dtsch. Nat. Volkspartei	9599	26	1884	11

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die Extremen von links und rechts nicht auf dem platten Lande ihren größten Gewinn zu buchen haben, sondern in den Städten. Würde man die eigentlichen Gutsbezirke herausgreifen, dann würde das Re-

ultat noch mehr zugunsten der Sozialdemokratie sein. In dem kleinen Landstädtchen steht mit zurecht Sicherheit fest, daß der Mittelstand, das kleine Handwerkerum, an dem Stimmengewinn der extremen Parteien von links und rechts einen erheblichen Anteil hat. Dies trifft auch auf die größeren Städte zu, wenn auch auszusprechen ist, daß in den Städten die Arbeiterklasse radikalisiert ist, eine Tatsache, die man ja fast überall bei der großen Zahl der Erwerbslosen feststellen kann.

Aus diesem Resultat ergibt sich für die Sozialdemokratische Partei, daß sie zwar ihre Agitation zur Zurückgewinnung der Wähler in den Städten nicht vernachlässigen darf, daß aber der Tätigkeit auf dem platten Lande alle Beachtung zu schenken und eine gute Lehre für die kommenden Reichstagswahlen daraus zu ziehen ist. Wenn sich die Redner, die die Verhältnisse auf dem Lande kennen, in der Wahlagitation mehr auf dem platten Lande betätigen, dann dürfte dies von Vorteil für die Partei sein.

Wo herrscht Korruption?

Ober wieviel kostet ein Reichstagsmandat?

Der Verleumdungsfeldzug gegen die thüringische Sozialdemokratie wurde von den bürgerlichen Parteien während des Wahlkampfes bekanntlich von jenen thüringischen Industriellen finanziert, die sonst über unerträgliche Steuerlasten klagten. In Bayern ist zurzeit das gleiche Schauspiel in Vorbereitung und im Reich scheint die Volkspartei der Korruption anheimzufallen. Früher begnügte sie sich damit, ohne besondere Aufforderung Geld von bestimmten Industriegruppen zur Verfügung stellen zu lassen und dann deren Wünsche bei der Kandidatenaufstellung zu berücksichtigen. Jetzt ist sie dazu übergegangen, sich vollkommen der Industrie anzuliefern und sie aufzufordern, als Entgelt für eine bestimmte Spitzenkandidatur fest angegebene Summen an den Wahlfonds abzuführen. So bot die Partei des Herrn Stresemann z. B. dem Syndikus des Spiritus- und Spirituosen-Interessenten, Dr. Reumann, die Spitzenkandidatur für Berlin unter der Voraussetzung an, daß er 4000 Mark in die Wahlkassette zahlt. Dr. Reumann wandte sich darauf an die einzelnen seinem Kandidat angehörenden Konzerne und erbat von diesen für seine Kandidatur je 5000 M., die der Rückforth-Konzern bereits zugelegt und Kahlbaum schon bezahlt hat. Firmen wie Rampe, Gilka usw. dürften ebenfalls nicht zurückbleiben, wenn es gilt, ihrem Interessenvertreter ein Reichstagsmandat zu erschaffern.

Ein Beschluß der Deutschvölkischen.

Der Austritt für die Deutschnationalen.

Der Reichsvertretertag der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“, Eich Reichstag-Berlin, hat folgendes beschlossen:

1. Die Reichsvertretertagung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung lehnt einmütig jede Verwässerung des deutschvölkischen Gedankens durch Zusammengehen mit sogenannten völkischen Deutschnationalen, den Vaterländischen Verbänden, der Weisler und Sontag und ähnlichen Gebilden, insbesondere bei den kommenden Reichs-, Landtags- und Gemeindevahlen ab. Die Reichsvertretertagung erkennt nur deutschvölkische Listen an, die von der Führung v. Graefes und der Münchener Führung Hiltfers anerkannt sind. Wer sich irgendwie im Lande auf saule Kompromisse einläßt, begeht Verrat an der heiligen völkischen Bewegung und schließt damit von selbst sich aus den völkischen Kampfzügen aus.

2. Die der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung angeschlossenen Organisationen sehen jede selbständige Verhandlung über Aufstellung gemeinsamer Kandidaten zum Reichstag, zum Landtag und den kommunalen Körperschaften mit anderen Organisationen jeglicher Art ab. Sie verpflichten sich, alle diesbezüglichen Anregungen an die Berliner Zentrale der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung zu verweisen. Sie erkennen die Berliner Leitung als allein verhandlungsberechtigt an.

Monopolpläne für Deutschland haben die Sachverständigen in Paris (Davos-Komitee) abschließend erörtert.

Die Siegesallee.

Von Friedrich Pöhl

Als mich noch die unfreundlichen Bänke eines trocknen humoralischen Gymnasiums gefangen hielten, und Rufsaus Kreuzfahrermärchen mich mehr zu reizen wußten als das Latein des Cornelius Nepos und die Hausmattersorgen deutscher Kaiser, ließ mich dieses übermäßige Privatinteresse einmal zu Weihnachten ein entsprechendes Zeugnis nach Hause tragen.

Meinem Vater, der, wie alle strebenden Väter, seinen Sohn gern im Besitz der Weisheiten gesehen hätte, die er längst vergessen, warnte diese Nichtachtung seines Ehrgeizes sehr, und da sich in der Schulbilanz meiner jüngeren Schwester auch noch eine Duplizität des Volkes zu erkennen gab, so mußte ein pädagogisches Exempel statuiert werden. Als wir am Heiligabend nach den von der Mutter intonierten Weihnachtsliedern zum Lichterbaum in die gute Stube traten, fanden wir auf dem damastverhangenen Tisch nichts als zwei weiße Heftchen liegen, je eines für den mährischen Sohn und für die ihm nachsehnende Tochter. Meine Hände griffen danach im Gefühl der Erstarrung aller sinnlichen Vorfreude, während meine Augen sich gleichzeitig hilflos an die Kessel und Pfeffermühle des von der Mutter Mitleid durchgesehenen bunten Tellers klammerten. In der Verlegenheit qualvoller Beschämung blätterte die Knabenfinger wie geistesabwesend in den Seiten. „Die Siegesallee“ stand fettgedruckt auf dem bildgeschmückten Titelblatt, und die 22 Wackermorppuppen dieses kaiserlichen Danargeschentes fanden sich schlecht und recht darin abgebildet und ihre Personalia im Geschmaad österreichischer Geschichtsschreibung verzeichnet. Der blige Glanz des Kunstdruckpapiers steht mir noch heute vor Augen, und die Rührtheit dieser patriotischen Verlegerpekulation unterstrich die trostlose Enttäuschung eines kindlichen Gemütes, das sich zum erstenmal der Empfindung unbegreiflicher Unerbittlichkeit ausgeliefert sah.

Von diesem Erlebnis überspannter Elternstrenge an ward die Siegesallee für mich zum Kinderspiel, der als Alp sich in die Träume schlich. Ich konnte an den bleichen Steinfiguren nie vorbeigehen, ohne daß sie mir wie ein peinliches Remetikel qualvoller Schulzeiten erschienen. Viel, viel später erst hat die künstlerische Rührtheit dieser marmorsteinernen Trachtenschau dies Memento verstummen lassen.

Geisterten diese Gestalten auch nicht mehr durch meine Träume, so wurde mir ihre erdenfeste Dasein doch noch einmal peinliche Tatsache und Erinnerung jener verdorrten Kindheitsvergangenheit. Auf der Siegesallee, dieser geschulstarrten architektonischen Verzerrung, machte einst ein weihärtiger und verschämter Insoalde von 1870/71, der sich damit vergnügte, beim Hinweis auf die Siegesallee die Besucher zu examinieren, ob sie denn auch wüßten, was die einzelnen Figuren dort unten vorstellen. Diese Frage scheuchte die

unangenehme Weihnachts Erinnerung plötzlich in mir wieder auf, während der schmunzelnde Alke sich an meiner Verlegenheit weidete, in jenem feudalen Familienalbum nie mehr geblättert zu haben. „Ja“, sagte er überlegen, „das habe ich schon studierte Leute gefragt (bei dem Wort „studierte“ fühlte ich die ganze Ungerechtigkeit jener Weihnachtsstrolche), auch die haben's nicht gewußt. Aber ich werd's Ihnen sagen: Das rechte oder das linke Bein!“

Da war ich einigermaßen veröhnt. Denn besser kann der Volkswitz nicht illustrieren, daß auch ihm die Ohnmacht eines kunstlosen Wertes nicht vorbeogen bleibt, dessen Schwächen seinem Spott zum Opfer fallen und die Absicht des Urheberers in ihr Gegenteil verkehren.

Die Hoffnung, daß neues Kulturbewußtsein und neuer Kunstwille in der deutschen Republik den Tiergarten von diesen Juckerbüchlein säubern würde, hat sich als trügerisch erwiesen. Es hieß einmal, nur die künstlerisch wertvollen Denkmale und Hohlzeichen der Vergangenheit sollten erhalten bleiben. Aber der Geist jener weißen Festen hat eben in anderen Köpfen erfolgreicher gewirkt, und wir müssen es schon dem Zahn der Zeit überlassen, uns von diesem Uebel einer Epoche zu erlösen, in der der Künstler zu Hofe und die Kunst vor die Hunde ging.

Doppelgänger „Tosca“.

Ein besonderer Glücksfall führt an der Staatsopernbühne drei Menschen, Künstler, Bildner zusammen die Buccinis große Weiber mit ihrem Herzblut speisen. Für Anato, Tauber, Frieda Seider waren keine großen Kapellmeister zu haben, aber die Kleiber und Sezel machen nicht mit und Pratorius lärm über die Szene hinweg, ohne den feinen Gefangenen der drei Stars irgendwie die richtige Note hinzuzusetzen. Das Orchester stürmt in demselben brutalen Ton und bestimmt eine Aufführung, die solistisch großartig ist. Amalios Stimme, edel und voll, fällt das Haus. Was der Raske nicht gelingt, schafft der Intellekt. In der Nähe des sinnlich unheimlichen Weibes Kavaller, reißt es ihm flüchtig durch Gesicht und Glieder, wenn seine Welle, das Symbol des Tragns, mit dem revolutionären Zeichen der Zeit zusammenprallt. Wie ein Tier hilflos wird dieser Dämon dann zur Rache getrieben. Das Blut des Gefolterten steigt ihm zu Kopfe. Er martert die Menschen, um sich selbst wohlzutun, er stirbt, ein Herbeswort auf den Lippen, in schöner Haltung sozialer. Richard Tauber ist ein edelmütiger, ja ein gewaltiger Gegner, der im Publikum sogar liegt, sein Renouationslied im Zentrum des zweiten Aktes, packend und alarmierend. In diesen Augen blüht heiliges Feuer, in dieser Rebe singt die Zukunft freierer Menschheit. Seine einzigartig schöne, schmelzende Stimme trägt er wie auf Samt und Seide dem Höheren entgegen und fasziniert durch die Einfachheit wie Naturschönheit des Spiels. Sein Tod ist ein mimisches Wunder, kraft vom Lachen des Lebensfrohen in die Gelmaße des Gemeuchten hineinziehend. Frieda Seider singt die erste Szene zu tief, im Mittelakt wächst sie auch dorkelnd und gestirbt schließlich ein Weib, das beinahe glaubend wird und in seinem Menschenopfer erschüttert. R. G.

Einigkeit und Recht und Freiheit.

Wenn der Baiersmann den Norden

für nen südlichen Saustall hält,
Doch bezahlten Mäuberherden
Brüderlich sich zugehelt,
Wenn der hochgemute Recke
Den Kumponen bringt zur Strecke,
Wenn der Nord ne Kleinigkeit,
Brüder, das ist: Einigkeit!

Wenn ein General, der meutert,

Nur die eigne Seele läutert,
Aber ein Prolet, der muß,
In die Grube wird geduckt,
Wenn der Läter, der vergnügt,
Den verurteilt, der ihn rügt,
Büße gut ist, Wahrheit schlecht,
Brüder, solches nennt man: Recht!

Wenn Beamte, die oern schnarphen,

Aber glühn für den Monarchen,
Heimlich die Kollegen hassen,
Welche den Monarchen hassen,
Wenn die, die am Staat gedeihen,
Hinerrück den Staat bespüren,
Richter, Lehrer, Pfaff, die Dreihelt,
Brüder, solches nennt man: Freiheit!

Paul Gutmann

„Völkischer Fasching“ nennt sich die soeben erschienene Sondernummer von „Sachsen links“. Der Faschisten-Fasching in München, Deutschvölkische Varietés, das nationale Theater, die nationalisierende Friedrichstraße, das postulierte Freudenhaus sind die Hauptthematika, die in Prosa, Vers und Bild behandelt werden. Der Preis der Nummer ist 25 Pf.

Karl Arcus liest im Lustspielhaus am Sonnabend Ebschbeards „Lukige Weiber von Windlor“, Sonntag Westroß „Judith und Goldfernes“ und „Das Rotwendige und das Ueberallige“ (Couplets mit Juchastrophen von Karl Kraus), Montag eigene Schriften und Goethes „Helena“.

Blüthner-Orchester. In dem Sonntagkonzert am 2. März, abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal wirkt der Cellist des Orchesters Gotfried Feiler als Solist mit. Das Programm enthält u. a.: Cellosonate von Fauré und C-dur-Sinfonie von Schubert. Dirigent: Camillo Hilbrand. Eintritt 1.— M.

Die Galerie Groß, Rößbener Str. 28, stellt bis zum 25. März aus: Bühnengestaltungen und Kulissenmotive von George Grosz zu Dramen Georg Kellers und zu „Reichsam“ von Ivan Goll.

Eine moderne Stegreif-Bühne. In Aitauen spielt, wie der Dichter weiß, das Theater farblicher Improvisationen „Bilfollatig“. Die Truppe, die viel Erfolg hat, spielt völlig ohne geschriebene Rollen und treibt nach künstlerischer Improvisation im Sinn der italienischen Stegreifkomödie. Das Theater, das vornehmlich die politische und gesellschaftliche Satire pflegt, hat sich im Verlauf einer fünfjährigen Arbeit auf kleinen und zufälligen Improvisationstheatern zu entwickeln.

Preussischer Parlamentsabbau.

Die preussische Staatsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Begrenzung der Abgeordnetenmandate an den Reichstag gehen lassen, der die Herabsetzung der Abgeordnetenmandate von 421 auf 210 regelt. In der Begründung des Entwurfes wird gesagt, daß eine Verringerung der Zahl der Abgeordnetenmandate nicht nur aus Verfassungsgründen, sondern auch insofern erwünscht erscheint, als sie eine Zusammenfassung der Kräfte des Parlaments und damit in mancher Hinsicht günstigere Bedingungen für die Erfüllung seiner Aufgaben schaffen wird. Es soll in Zukunft nicht mehr wie bisher auf 40 000, sondern auf 80 000 Stimmen ein Abgeordnetensitz entfallen; die hierzu erforderliche Abänderung der §§ 30 bis 32 des Bundeswahlgesetzes steht der neue Gesetzentwurf vor.

Ferner wird vorgeschlagen, in gleicher Weise auch mit dem Staatsrat zu verfahren. Es wird eine Verminderung der Staatsratsmitglieder von 77 auf 38 vorgesehn. Anstatt wie bisher auf 500 000, soll künftig erst auf eine Million Einwohner einer Provinz ein Vertreter entfallen. Dementsprechend wird erst auf einen Rest von mehr als 500 000 Einwohnern, statt wie bisher 250 000, ein weiterer Vertreter zugeteilt. Die Festsetzung einer Mindestzahl von Vertretern für jede Provinz wird beibehalten, um die ausreichende Beteiligung der kleinen Provinzen an den Staatsratsarbeiten zu sichern; diese Mindestzahl wird aber von drei auf zwei herabgesetzt. Der Artikel 32, Absatz 2, der Preussischen Verfassung soll dementsprechend abgeändert werden.

Der Artikel 1 des Gesetzentwurfes (Verminderung der Zahl der Landtagsmandate) soll nach der Neuwahl des Reichstages in Kraft treten. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschriften des Artikels 2 (Verminderung der Staatsratsmitglieder) stimmt das Staatsministerium. Das dient dem Zweck, eine Gewähr zu schaffen, daß die Neuwahlen zum Staatsrat, die in unmittelbarem Anschluß an die Neuwahlen des Landtages erfolgen sollen, nicht mehr von den bisherigen Provinzialparlamenten, sondern erst von den neu gewählten Körperschaften bewirkt werden.

Der Vorschlag der Preussischen Regierung wird wahrscheinlich die antiparlamentarischen Gruppen vor einen schweren Beweistest stellen. Ähnlich wie im Reichstag wird man bei den lauteften Schreien gegen Parlament und Diäten sicher die größten Bedenken gegen diese letzte Verminderung der Abgeordnetenliste erheben, wenn Ernst gemacht werden soll.

Die Funktionen des Preussischen Landtages haben sich in der Nachkriegszeit bedeutend geändert. Die Eisenbahn wird dem Reiche übertragen, die Bergwerke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die Steuerhoheit ist durch äußeren Druck stark eingeschränkt worden. Nach der Erledigung der Städteordnung und der Verwaltungsreform wird der Landtag viel mehr sich reinen Verwaltungsfragen widmen müssen. Eine Verminderung der Abgeordnetenwahl wird deswegen ruhig ertragen werden können. Der Parlamentarismus schadet sich nicht, sondern hebt im Gegenteil sein Ansehen, wenn er die gebotene Selbstbeschränkung zu üben weiß.

Steuerverteilungen an die Gemeinden.

Wie der Amtsliche Preussische Pressedienst mitteilt, kommen aus Steuerverteilungen des Reichs zur Verteilung:

- a) Einkommensteuer (6. Uf. Abschlag für Februar) auf jeden Rechnungsfall der Provinzen 60 (sechzig), der Landkreise 115 (einhundertfünfzehn), der Gemeinden 630 (sechshundertdreißig) Millionen Mark.
- b) Körperschaftsteuer (3. Rp. Abschlag für Februar) auf jeden Rechnungsfall der Provinzen 190 (einhundertneunzig), der Landkreise 400 (vierhundert), der Gemeinden 1900 (eintausendneunhundert) Millionen Mark.
- c) Umsatzsteuer (4. Uf. Abschlag für Februar) je Einheit des Umsatzverhältnisses der Landkreise 24 000 (vierundzwanzigtausend), der Gemeinden 80 000 (achtzigtausend) Millionen Mark.
- d) Für Dotationen (siehe 2 800 000 (zwei Millionen achthunderttausend) Millionen Mark zur Verfügung.
- e) Betrag für Kraftfahrzeugesteuer (3. Rp.) 198 000 (einhundertachtundneunzigtausend) Millionen Mark, außerdem für Volkspreise 107 226 (einhundertseventausendzweihundertsechszwanzig) Millionen Mark.

Militärische Sparsamkeit.

Uns wird folgendes geschrieben: „Seit Monaten ist Oberst v. G. (A. R. 13) in seinem Standort Ludwigsburg, seine Familie in seinem bisherigen Standort Berlin. In Stuttgart ist ein Hpt. R., seine Familie in bisherigen Standort Ludwigsburg. Beide beziehen die Entschädigung für doppelten Haushalt bzw. Bahnfahrt. — In Stuttgart ist der verabschiedete General R. Ein Tausch wäre möglich G. mit R., R. mit G., R. und G. sind bereit, G. sucht sonstigste nach Ausländern. Beht hat die Wohnungskommission (militärisch gebildet) von Ludwigsburg erklärt: Wohnung R. ist für G. ungeeignet, weil die 16jährige Tochter G.s aus ihrem Schlafzimmer durch das Schlafzimmer ihres sechs-jährigen Bruders zu gehen haben würde und das gefährde die Sittlichkeit! Wegen diesen Entschädigung möge die Division nicht eingreifen — die Entschädigung für doppelten Haushalt wird weitergezahlt.“

Wie fragen des Reichswehrministeriums: Sind die Angaben richtig? Was gedenkt man zu tun?

Erweiterung des englischen Frauenwahlrechts

London, 29. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde in zweiter Lesung ein Gesetzentwurf beraten, den ein schottisches Mitglied der Arbeiterpartei eingebracht hatte, wodurch das Wahlalter der Frauen von 30 auf 21 Jahre herabgesetzt werden soll. Der Antrag wurde von der Arbeiterabgeordneten Miss Dorothy Jewson und von der liberalen Abgeordneten Frau Worthington unterstützt. Hingegen beantragte die konservative Abgeordnete Herzogin von Atholl durch Änderungsantrag, daß erst eine Konferenz aller Parteien einberufen werden sollte, die über diese Frage zu beraten hätte; die Empfehlungen dieser Konferenz würden zu berücksichtigen sein, ehe weitere Maßnahmen in der Frage der Erweiterung des Frauenwahlrechts erfolgen dürften.

Der Unterstaatssekretär des Innern Rhys Davies setzte die Stellung der Regierung zu diesem Vorschlag auseinander. Er gab an, daß bei der Durchführung des vorgeschlagenen Gesetzes die Zahl der weiblichen Wähler allein in England und Wales sich etwa um 4 1/2 Millionen erhöhen würde. Nach dem bisherigen Wahlrecht betrage in England und Wales die Zahl der männlichen Wähler 10,5 Millionen gegen 7,8 Millionen Frauen. Beim geschätzten Inkrafttreten des vorgeschlagenen Gesetzes würde es möglich sein, daß die Frauenstimmen das Übergewicht über die Männerstimmen erhielten. Die Regierung sei zwar dafür, daß der Antrag die zweite Lesung passiere, sie könne jedoch noch nicht mitteilen, wie sie sich nach seiner Beratung durch den Ausschuss verhalten würde. Er persönlich begrüße den Antrag, denn er meine, daß er einen großen Schritt vorwärts bedeute, da durch ihn die Frauen völlig gleichberechtigt im Wahlrecht werden würden. Nach einer ausgiebigen Debatte wurde der Entwurf in zwei-

Die Aussprache im Reichstag.

Vertagung bis Mittwoch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Abg. Thomas (Komm.), ob es richtig sei, daß die beschlagene kommunistische Literatur noch kurz vor der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes verbrannt werden soll. Er verlangt weiter eine Regierungserklärung darüber, ob nach Aufhebung des Verbots der kommunistischen Partei die kommunistischen Zeitungen sofort wieder erscheinen dürfen. Es sei unerhört, daß nach der Berordnung des Reichspräsidenten das Partieverbot in Bayern bestehen bleiben soll. Dort sei das Verbot erlassen von demselben Herrn v. Kahr, der jetzt in München so gründlich entlarvt wird.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache erhält das Wort Abg. Wulle (Deutschholländ.):

Die Weimarer Verfassung ist restlos aufgehoben worden durch Militärdiktatur und Ermächtigungsgesetz. Das Verhalten der sogenannten demokratischen Regierung dieser Verfassung gegenüber belegt unsere Behauptung, daß es eine formelle Demokratie im Sinne von Weimar gar nicht gibt. Es gibt hier nur eine Selbstherrlichkeit, die unumschränkte Herrschaft des jüdischen Finanzkapitals. Der seltsame Rapp war ein Wolfenkeule gegenüber der Regierung Marx-Stresemann, die weit rücksichtsloser als er mit der Verfassung umspringt. Die heutige Regierung führt die verhängnisvolle Erfüllungspolitik der früheren Regierungen fort. Die Rede Stresemanns war viel zu weich und demütig. Diese Verteilung vor dem Auslande bräuhet mich geradezu ekelhaft. (Große Unruhe bei der Sp. Rufe: „Freiheit!“) Die Ausländer nehmen immer mehr zu; nehmt doch dem G. S. S. lieber den Jester ab! (Heiterkeit.) Die Hörigkeit der Staaten vom internationalen Goldkapital war niemals so groß wie heute, sie wird durch die Goldnotwendigkeit klar zum Ausdruck gebracht. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Die Kommunisten haben in Russland zwar den russischen Kapitalismus zerstört, aber dafür verschaffen sie jetzt dem ausländischen Kapital enorme Profite und Härten so bei uns und in anderen Ländern die Macht der Ausbeuterklasse, wie die Kommunisten sagen. Wir wollen mit dem östlichen Gedanken den Kampf führen gegen die Zinsnechtheit. Es ist unerträglich, daß der sonst allmächtige Staat, wenn er Geld braucht, beim jüdischen Großbankier darum bitten muß. Dr. Stresemann sollte sich nicht auf die Response des Freiherrn v. Stein berufen. Stresemann ist kein Stein, er hat keine Reformideen entwickelt, während Stein ein revolutionärer Feuergeist war. Die Zukunft liegt nicht bei den Söhnen, sondern bei den Enkelkinder, die Kopf und Kragen für die Freiheit des Vaterlandes riskieren. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Culebr:

Wenn wir dem Reichstag noch keinen endgültigen Etat vorlegen können, so liegt es daran, daß uns die wichtigen Einnahmen aus dem Rhein- und Ruhrgebiet noch immer fehlen. So müssen wir mit Notvorlagen kommen.

Während in den letzten Tagen der Regierung Cuno das Projekt einer Roggenmark erörtert wurde, brachte später der Finanzminister Hilferding die Vorlage einer Roggenmark, die in Gold ausgedrückt werden sollte. Dem Reiche sollten davon nur 1,2 Milliarden zur Verfügung gestellt werden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer weitgehenden Beschränkung der Ausgaben, was sich später als währungsrechtlich durchaus richtig erwies. Unter lebhafter Mitwirkung der Fachleute, vor allem des Verbandes des Bank- und Bankerwesens, kam schließlich die Rentenmark zustande. Ueber ihre Entstehungsgeschichte wird jetzt im Reichsfinanzministerium eine urkundliche Darstellung vorbereitet. Wenn in der Weltöffentlichkeit an absoluten Zahlen gezeigt wird, daß reichere Länder ihre Bürger steuerlich höher belasten als wir, so haben diese absoluten Zahlen keine Beweiskraft. Das Maß unserer Verarmung zeigt sich durch einen Vergleich der relativen Steuerbelastung 1913 und 1924. (Der durchschnittliche Steuerbetrag vom Gesamteinkommen war nach dem Haushaltsplan 1913 10,9 Proz., nach dem Haushaltsplan 1924 27,7 Prozent.) (Abg. Dr. Helfferich: Die Belastung ist noch höher!) Ich fühle mich auf die Zahlen des neuen Haushalts, vielleicht werden sie noch höher. 1913 betrug das jährliche steuerfreie Einkommen 556,80 M., 1924 nur 285 M. Die Rentenmark ist eine Uebergangslösung. Jetzt brauchen wir vor allem dringend Goldfreible für unsere Wirtschaft.

Mit der endgültigen Stabilisierung unserer Währung werden wir natürlich auch nach nicht die gute Zeit von 1913 wieder erreicht haben; jetzt nötig uns aber unsere Armut, eine Belastung auch über das erträuliche Maß hinaus vorzunehmen, damit wir nicht kurz vor dem Ziel einer festen Währung wieder in die Flut der Inflation zurückgeworfen werden. Die Landwirtschaft ist besonders schwer be-

ter Lesung mit 258 gegen 72 Stimmen angenommen und Ueberweisung an den Ausschuss beschlossen. Inzwischen ist das endgültige Schicksal des Entwurfes ungewiß angesichts der Tatsache, daß sich die Regierung auf seine Durchführung nicht festlegen wollte.

Hendersons Wahlsieg.

London, 29. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Wahl Henderson in Wurnley haben 82 Proz. der Wähler abgestimmt. Henderson erklärte nach der Befragung des Wahlergebnisses, daß der große Stimmenzuwachs zweifellos dem Vertrauen zu verdanken sei, das die neue Regierung durch ihren Eifer und ihre Geschäftlichkeit, wichtige und notwendige Regierungshandlungen schnell und entschieden in Angriff zu nehmen, erweckt habe.

Der Nationale Bloß in Nöten.

Schwere Prügelstrafen in der Kammer.

Paris, 29. Februar. (Eca.) Die Kammer begann in ihrer heutigen Nachmittagsitzung die innenpolitische Aussprache mit der Besprechung der Interpellation des Abgeordneten Mandel (Alemenceaus rechte Hand, Red. v. B.). Der Redner interpellierte die Regierung, weil ihre Politik die

Mehrheit von 1919 in Gefahr

bringe. Er erkannte die Unvollständigkeit Poincarés an, aber es seien außergewöhnliche Ereignisse notwendig gewesen, um Poincaré zu seiner am 15. Januar gekünderten Stellungnahme zur inneren Politik zu bewegen. Warum stimmte die Mehrheit für die Regierung, von der mehrere Mitglieder nicht ihr Vertrauen besitzen? Der Redner erinnerte, daß Poincaré bei seiner Kabinettbildung versucht habe, Herriot und Tardieu in demselben Kabinett unterzubringen. Im weiteren Verlauf seiner Rede polemisierte der Redner gegen die Radikalen und behauptete u. a., daß der Minister des Innern vollkommen in den Händen dieser Partei sei. Gleichfalls greift Mandel aber auch die Mehrheit an, die nicht genügend tue, um ihr Unbehagen im Lande auszusprechen. Der Kolonialminister (Sarrant) habe in einer öffentlichen Kundgebung für einen vom Staatsgericht beurteilten — der Redner deutet auf Wallon hin — Partei genommen. Sie haben das Wort, Herr Kolonialminister, legt Mandel spöttisch. (Bewegung.)

Poincaré erklärt, er werde für die gesamte Regierung antworten, da alle Minister solidarisch seien.

Mandel: Aber natürlich, Herr Ministerpräsident, Sie werden auch

alle zusammen verschlingen, genau so wie die Kabinettsmitglieder des Herrn Briand mit ihm

loftet worden. Die Folge wird ein Rückgang des diesjährigen Ertrages sein. Das ist eine Schädigung der Volksernährung die aber in Kauf genommen werden muß. Wenn in dem Rundschreiben eines Verbandes behauptet wird, ich hätte mein Erstaunen darüber geäußert, daß die Industrie nicht heftiger gegen die Steuern protestiert, so habe ich dergleichen natürlich nie gesagt und die Verfasser des Rundschreibens haben einen merkwürdigen Wihariff befangen. Die Zweifel an der Rechtsgültigkeit unserer Abgeltungs-Verordnungen sind jetzt durch eine Reichsgerichtsentcheidung zerstreut.

Die Belastungskosten werden zum größten Teil an die Bevölkerung des besetzten Gebiets gezahlt.

Wir bemühen uns um ihre Herabsetzung. Leider ist uns die Genehmigung zur Erhebung der Steuern der zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet trotz dringender Vorstellungen bisher noch immer nicht erteilt worden. (Beifall, hört! hört!) Es sind sogar geradezu Verbote ergangen, die Steuern zu zahlen. Dann sehen uns die Steuern und Zölle aus dem besetzten Gebiet und durch die niedrigeren dort geltenden Tarife wird das Loch im Westen systematisch erweitert. Uns werden also die Einnahmen aus dem besetzten Gebiet entzogen und gleichzeitig die Ausgaben dafür, auch die Besatzungskosten, aufrecht. Das ist ein Zustand, den keine Währung der Welt auf die Dauer aushalten kann. (Lebhafte Zustimmung.) Angesichts des großen Ernstes der Lage bedauere ich, daß von großen Parteien zur Steuernotverordnung Anträge eingegangen sind, die ausschließlich verneinen.

Die Regierung muß an dem Gedanken der sogenannten Mietsteuer festhalten.

Die Förderung des Wohnungsbaues kann nicht länger mit dem Zuschußsystem geschehen. (Sehr richtig.) Am Ende der Entwicklung steht die freie Mietwirtschaft, die jegliche Vorlage ist eine Ueberregungsmaßnahme, die natürlich nicht ideal sein kann. Der Personalabbau ist nur das Mittel zum Verwaltungsabbau. Die harten Kosten, die wir den Beamten auferlegen müssen, sind in einer Weise aufgenommen worden, die uns zeigten, daß der alte, gute Beamtenoefiz noch vorhanden ist. Wir hoffen, wenn nicht unvorhergesehene Störungen eintreten,

am 1. April mit einer Erhöhung der Gehälter und der Renten

vorgehen zu können. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß beim Beamtenabbau politische und religiöse Gesichtspunkte auf keinen Fall in Frage kommen dürfen. Die Regierung wird es sich anlegen sein lassen, wenigstens für die weiteren Abbaumaßnahmen auch noch bestimmte Formen zu finden, durch die die Gewähr geleistet wird, daß politische und religiöse Gesichtspunkte nicht zum Mißbrauch der Maßnahmen führen. (Rufe: „Und die bisherigen Fälle? — Gewalt muß weg!“) Für die bisherigen Maßnahmen wird eine nachträgliche Revision kaum möglich sein.

(Unruhe.) Die größten Schwierigkeiten werden auch erst kommen, wenn wir uns dem Ende des Abbaues nähern. — Der Minister verteidigt dann die Aufwertungsbestimmungen der Regierung gegen die Angriffe der verschiedenen Parteien. Auch die Wirtschaftspartei hält anerkennend, daß für die Aufwertung ein fester Punkt geschaffen werden mußte, wie die Regierung es getan habe.

Abg. Lebedour (bei seiner Fraktion) wendet sich vor fast leerem Hause (es sind nur noch 16 Abgeordnete im Saale) gegen die Abschaffung des Achtstundentages. Diese wichtige Frage sollte einer Volksabstimmung unterworfen werden. Die Proletarisierung des Mittelstandes sei nicht von der Sozialdemokratie, sondern vom Krieg verschuldet worden.

Der Redner kritisiert dann scharf die Emminger'sche Justizverordnung, die dem Begriff des Rechtsstaats widerspreche. Die proletarischen Parteien sollten jetzt den Kampf untereinander einstellen und sich gemeinsam gegen die erstarbte Reaktion wenden.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Schoch (D. Pa.) und Thomas (Komm.) gegen den Abg. Wulle erklärt dieser, nicht die Rede des Ministers Dr. Stresemann habe ihn mit Ekstase erfüllt, sondern die ganze Bettelei beim Zustand. Man sollte das Geld lieber dem Schiebergefindel abnehmen, das in Deutschland herumläuft. Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 3 Uhr, vertagt.

Reichsanzler Marx hat die Reise nach Mannheim, wo er an der Pfalz-Rundgebung am kommenden Sonntag teilzunehmen beabsichtigt, ausgesetzt. Reichsanzler Marx wird in Berlin bleiben, um die Verhandlungen wegen der Urträge in den Notverordnungen zu führen.

verschwunden sind, um mit Ihnen als Minister wiederzukommen.

Briand: Ja, ja, so ist das Leben. (Neues Gelächter.) Mandel antwortet mit einer ironischen Bemerkung über die politische Laufbahn Briands und fährt dann fort, die Kommunisten hätten in standalöser Weise demonstriert und erklärt, von Kommunisten unterbrochen, es sei unzulässig, daß die Hüter der Ordnung die Vorkämpfer der Unordnung werden.

Es kommt alsdann zu einem Zwiegespräch zwischen dem Abgeordneten Mandel und dem Abgeordneten Callagnac über persönliche Zwischenfälle in der früheren Wahlperiode. Der Redner hofft, daß Poincaré über die Stellung der religiösen Vereinigungen im Senat die Vertrauensfrage stellen wird. Um 5 Uhr wird die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme legt Mandel seine Ausführungen fort und kritisiert die Haltung der Linken vor dem Kriege gegenüber den Ausgaben für die nationale Verteidigung. Die Sitzung dauert an.

Im weiteren Verlauf seiner Rede greift Mandel die Linke wieder in scharfster Weise an, was zu Unterbrechungen durch Herriot führt. Rascher spricht der Royalist Leon Daudet u. a. von einem gegen sein Blatt „L'Action française“ ostentativen Komplott mit Hilfe Painlevés, der damals deutschen Interessen gebietet habe. Painlevé antwortet und es kommt zu

Lärm- und Prügelstrafen, wie sie die Kammer selten erlebt hat und in deren Verlauf ein Abgeordneter blutüberströmt aus dem Saal geführt wird.

Ausdrücke wie Schuft, Kanaille usw. fielen. Der ganze Saal wird geräumt, auch die Pressetribüne.

Daudet sprach von Callaun's Volksheimmethoden, wobei er zur Ordnung gerufen wird. Painlevé kam auf ein von der „Action française“ geführtes Offiziersregister zu sprechen, wobei des Namen Vermerke hinzugefügt sind wie: „Gut. Feind des Parlamentarismus. Würde energisch durchgreifen.“ Bei diesen Mitteilungen kommt es zu einem wilden Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Angehörigen der Rechten.

Unbeschreiblicher Tumult

veranlaßt den Präsidenten, der sich nicht Gehör verschaffen kann, den Hut aufzusetzen, wodurch die Sitzung unterbrochen ist.

Nach einer halben Stunde wird sie wieder eröffnet und verläuft nun verhältnismäßig ruhig. Poincaré stellt ausdrücklich fest, daß die Regierung die Fortsetzung der Diskussion nur am Freitag — dem Interpellationsstag — zulassen könne. Schluß der Sitzung 8 Uhr abends, nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr.

Die belgische Regierungskrise scheint in den Brüsseler Besprechungen am gestrigen Freitag der Lösung nicht näher gekommen zu sein. Man spricht von Erneuerung der katholisch-liberalen Koalition.

Wenn die Arbeitsbedingungen gekündigt sind.

Schutz gegen willkürliche Verschlechterungen.

Bei den Tarifverhandlungen wird jetzt in der Regel um den Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit heftig gestritten. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben die Arbeitgeber der Arbeitgeber gestärkt. Rücksichtslos wird versucht, den Arbeitnehmern geringere Löhne und Gehälter bei längerer Arbeitszeit aufzuzwingen. Da Verhandlungen oft noch schweben, wenn Tarifverträge bereits abgelaufen sind, ist die Frage von großer Bedeutung: Kann eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufgezungen werden vor Ablauf der für das einzelne Arbeitsverhältnis geltenden Kündigungsfrist?

In Verufen dieser Art fehlt es nicht. So wurde in Nr. 90 des „Vorwärts“ berichtet, daß die Unternehmer des Speditionsgewerbes den Arbeitern niedrigere Löhne zahlen wollten, obwohl 14tägige Kündigungsfrist für das einzelne Arbeitsverhältnis besteht. Als Abwehrmaßnahme wurde von den Arbeitern der Streik beschloffen. Ob dies die beste Antwort auf ein solches Vorhaben der Unternehmer in allen Fällen ist, kann nur dann mit Sicherheit beantwortet werden, wenn die Ausschüsse für den Kampf durch Aufforderung derselben verschärft werden. Andersfalls aber haben die Arbeitnehmer bei einem solchen Streik das Risiko größerer Lohnverluste, weil sie sich unter Umständen mit dem einmal gezahlten niedrigeren Lohn zufriedengeben müssen, obwohl der Arbeitgeber gerichtlich gezwungen werden konnte, den bisherigen Lohn weiter zu zahlen. Außerdem ist noch die Frage, ob ein sofortiger Streik nicht als Kontraktbruch gewertet wird. Da die Arbeitnehmer gesetzlich berechtigt sind, die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist einzustellen, wenn der Lohn nicht in der tariflich vereinbarten oder sonst ausbedungenen Höhe bezahlt wird, ist die Frage natürlich gegenstandslos. Sobald es sich um eine Lohnkürzung, eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vor Ablauf der Kündigungsfrist handelt. Der Anspruch auf das Borenthaltene bleibt in solchen Fällen auch bei ArbeitsEinstellung bestehen.

Sind alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft ohne ein befriedigendes Ergebnis, bleibt immer noch die Frage: Welchen Schutz bieten uns die gesetzlichen Bestimmungen gegen einseitige willkürliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen?

Nach § 611 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird durch den Dienstvertrag (Arbeitsvertrag) derjenige, welcher Dienste leistet (also der Arbeitnehmer), zur Leistung der versprochenen Dienste verpflichtet, der andere Teil (der Arbeitgeber) zur Gewährleistung der vereinbarten Vergütung. Der Arbeitsvertrag kann nur unter Zustimmung beider Vertragschließenden geändert werden. Folglich kann der Unternehmer weder den Lohn herabsetzen, noch die Arbeitszeit ver-

längern ohne Zustimmung des betreffenden Arbeitnehmers. Ist die Grundlage des Arbeitsverhältnisses ein Tarifvertrag, so gelten dessen Bestimmungen so lange, bis dieser Tarifvertrag durch eine andere Vereinbarung ersetzt wird. Der Unternehmer kann daher nur sein Ziel erreichen, wenn der Arbeitnehmer sich mit der Veränderung einverstanden erklärt. Rechtlich kann der Unternehmer Verschlechterungen nur aufzwingen nach Beendigung des bisherigen Arbeitsverhältnisses.

Nach § 620 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs endigt das Dienstverhältnis mit dem Ablauf der Zeit, für die es eingegangen ist. Wenn daher für ein Arbeitsverhältnis eine 14tägige Kündigungsfrist vereinbart ist, endet es in der Regel erst nach vorhergegangener ordnungsmäßiger Kündigung. Eine Lohnherabsetzung kann daher erst erfolgen nach Ablauf der Kündigungsfrist. Wird der Lohn vorher gekürzt, muß der Arbeiter den zu wenig gezahlten Lohn beim Gewerbegericht einfordern.

In diesem Sinne entschied das Gewerbegericht Berlin am 8. Juni 1921 (siehe „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ 27 S. 90). Es heißt in der Begründung unter anderem: „Arbeitsbedingungen, die auf Grund eines Tarifvertrages Bestandteil des einzelnen Arbeitsvertrages geworden sind, bleiben auch bei Ablauf des Tarifvertrages für das betreffende Arbeitsverhältnis bestehen. Wenn Arbeitsbedingungen nur für die Dauer des Tarifvertrages gelten sollen, muß dies im Tarifvertrag oder Einzelarbeitsvertrag ausdrücklich verabredet sein. Zu den Arbeitsbedingungen in vorstehendem Sinne gehören nicht nur die eigentlichen Lohnsätze, sondern z. B. auch Urlaubs- und Kündigungsbedingungen.“ In einem anderen Falle verneinte das Gewerbegericht Kirchberg die Frage, ob ein Arbeitgeber berechtigt ist, die Differenz zwischen den nach einem Schiedsspruch gezahlten Löhnen und den nach Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung zwischen den Organisationen vereinbarten niedrigeren Löhnen in Abzug zu bringen. Es handelte sich bei dieser Klage um einen durch Schiedsspruch festgesetzten Lohn, dessen Verbindlichkeitsklärung abgelehnt und an dessen Stelle später ein niedrigerer Lohn zwischen den Organisationen vereinbart wurde. Die beklagte Firma hatte den höheren Lohn ohne Vorbehalt gezahlt und wurde deshalb auch zur Weiterzahlung verurteilt. Das Urteil ist in Nr. 6 der Arbeiterrechts-Beilage des „Korrespondenzblatt“ vom 9. Juni 1923 abgedruckt.

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich klar der Weg, der bei einseitiger Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu beschreiten ist. Es empfiehlt sich daher stets, gründlich zu prüfen, ob es nicht besser ist, klagbar gegen solche Lohnkürzungen vorzugehen, als sofort die Arbeit niederzuliegen. **H. Bachhaus.**

Achtung, Metallarbeiter!

In Nr. 27 des „Vorwärts“ vom 17. Januar brachten wir eine Notiz unter derselben Überschrift, in welcher wir ausführten, daß nach der „Verordnung über das Schlichtungswesen vom 10. Oktober 1923 nunmehr für eine Reihe von Streitigkeiten aus dem BRG, das Gewerbegericht zuständig sei und daß in diesen Fällen, also überall, wo es sich um Ansprüche aus dem BRG handelt (vor allem § 84 ff.), keine Kosten erwachsen“. In diesem Umfange läßt sich das Besagte — nachdem die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über das Schlichtungswesen erschienen sind — nicht aufrechterhalten. Denn in den Ausführungsbestimmungen heißt es unter

§ 4: „Für das arbeitsgerichtliche Verfahren in den Fällen gelten die Vorschriften der §§ 57—61 des GG. Die Klage kann auch von den nach den §§ 82—90 des BRG zur Anrufung berechtigten Betriebsvertretungen erhoben werden. Die vollstreckbare Ausfertigung (des Urteils, d. Red.) wird jedoch auch in diesen Fällen für den beteiligten (entlassenen) Arbeitnehmer erteilt. Die Kosten des Verfahrens hat der beteiligte Arbeitnehmer nur zu tragen, wenn er selbst die Klage erhoben hat. Im übrigen bleiben die Kosten, soweit sie nicht im Urteil dem Arbeitgeber auferlegt werden, außer Ansatz.“

Nach diesen Ausführungsbestimmungen ist es also notwendig, wenn keine Kosten entstehen sollen, daß der Betriebsrat selbst die Klage einreicht. Die Ortsverwaltung.

Arbeitszeit nicht lang genug, Lohn nicht knapp genug.

Aus Marburg wird uns geschrieben: Die Rauch- und Raubtabakfabrik Rüderte hat unter Bruch des Reichstarifs für die Raubtabakindustrie und des Oristarifs für die Raubtabakindustrie sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruchs der die 55tägige Arbeitswoche vorsch, abgelehnt; trotzdem hatte sich die Belegschaft bereit erklärt, 56 Stunden zu arbeiten. Aber die Firma lehnte die Nachzahlung des zu wenig gezahlten Tariflohns ab und beantwortete die Klage vor dem Gewerbegericht kurzer Hand mit der Stilllegung des Betriebes.

Aussperrte der Metallindustrie! Gestern haben die Parteien nochmals über die bestehenden Differenzen wegen der Drückeraussperrung verhandelt. Das Resultat der Verhandlung wird den Drückern heute, Sonnabend, bekanntgegeben. (Siehe Inserat.) Ueber die eventuelle Arbeitsaufnahme wird am Sonntag den Kollegen noch weiteres an dieser Stelle mitgeteilt. Die Funktionäre haben die Listen über die Mitglieder aufzunehmen. Ueber die Zahlung der Streikunterstützung wird in der Presse noch näheres bekanntgegeben.

Metallarbeiter! Diejenigen weiblichen Mitglieder, welche einer dem Metallarteil angeschlossenen Organisation angehören und in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrie beschäftigt sind oder beschäftigt waren und ab 14. November bis 30. Dezember 1923 anstatt 75 Proz. des Männerlohnes nur 60 Proz. bzw. 65 Proz. des Männerlohnes bezahlt erhielten, müssen um Nachzahlung bei der Betriebsleitung vorstellig werden. Wo die Firmen die Nachzahlungen verweigern, muß Klage bei dem zuständigen Gewerbegericht eingereicht werden. Vor dem Berliner Gewerbegericht wurde am Freitag ein Urteil in diesem Sinne gefällt. Wir werden an dieser Stelle darauf noch zurückkommen.

Nach den Lohnvereinbarungen im Berliner Baugewerbe läuft das am 30. Januar getroffene Lohnabkommen im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe bis auf weiteres fort. Kündbar mit einer Woche Frist erstmalig am 11. März zum 18. März 1924. Der Vorstand des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Berlin.

Belgarbeiterverband, Einzelhandel, Funktionsversammlung am Montag, den 3. März, abends 8 Uhr, bei Schilling, Rangstr. 30. Alle Organisationen haben ihre Vertreter bestimmt zu entsenden.

Verantwortlich: Hr. Pollitz: Groß Renters; Wirtsch. J. S.; Groß Renters; Gemeinlichkeitsbewegung; S. Clemer; Reulleton; A. S. Wäcker; Solales und Contis; Reiz Karabli; Angeler; H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Stern 2 Wellagen.

Gegen Betriebskrankenkassen.

Die freiberufliche Arbeitnehmerschaft hat auf ihren Kongress die Betriebskrankenkassen stets abgelehnt. Betriebskrankenkassen steigern die Abhängigkeit des einzelnen Arbeitnehmers vom Betrieb ganz beträchtlich. Eines der hauptsächlichsten Uebel ist, daß nicht bloß kränklche, sondern auch krankheitsverdächtige Arbeiter von Betrieben mit Betriebskrankenkassen sorgfältig ausgeschlossen werden, um so die Lasten für Betriebskrankenkassen auf Kosten der in anderen Kassen versicherten Arbeitnehmer zu vermindern. Auch die Entlassung erkrankter Arbeitnehmer gehörte zur ständigen Praxis der Betriebe mit eigenen Betriebskrankenkassen. Aus solchen und anderen Gründen hat der außerordentliche Kongress der freien Gewerkschaften, der 1910 Stellung nahm zu der damaligen Gesetzesvorlage einer Reichsversicherungsordnung sich insbesondere gegen die Betriebskrankenkassen ausgesprochen. Dieser Kongress verlangte, daß für jede Stadt lediglich eine gemeinsame Ortskrankenkasse und für jede Landgemeinde nur eine einzige Betriebskrankenkasse gebildet werden solle; eine solche Zusammenfassung der Versicherten stärkt und verbilligt die Krankenversicherung. Diese Forderung ist bis zur Stunde immer wieder gescheitert am Widerstande der bürgerlichen Parteien. In der Abwehr von Betriebskrankenkassen hat unsere Reichstagsfraktion jüngst einen kleinen Fortschritt erzielt. Um die freie Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Errichtung von Betriebskrankenkassen aufzuheben, lehnte unsere Reichstagsfraktion durch, daß dafür nunmehr die Zustimmung der Betriebsräte erforderlich ist. Sie sollen mithin ein Schutzmittel sein, um die Arbeitnehmerinteressen gegen die Sucht der Gründung von Betriebskrankenkassen zu wahren. Kein Betriebsrat darf deshalb die arbeitfeindliche Zersplitterung in der Krankenversicherung irgendwie begünstigen. Er muß also jeder Neugründung von Betriebskrankenkassen entgegenreten. Er kann das am besten, wenn er sich sofort mit seiner Gewerkschaft oder mit dem Gewerkschaftsverband seines Ortes in Verbindung setzt. Das gilt gerade für die Bogenmark, wo, wie auf allen anderen Gebieten, das Unternehmertum drauf und dran ist, auch durch das Mittel der Betriebskrankenkassen den Betriebsabsolutismus möglichst restlos wieder aufzurichten.

Willkürkraft der Arbeitgeber im Bankgewerbe.

Nachdem der Reichsverband der Bankleitungen mit einer für Berlin und andere Hauptstädte des Reiches bedeutungsvollen Arbeitnehmerorganisationen ein Sondertarifabkommen abgeschlossen hat, versucht er, dieses Abkommen mit seinen Bestimmungen, die die Dauer der Arbeitszeit in das freie Belieben der Unternehmer legen, den Angehörigen allgemein aufzuzwingen. Er dekretiert die allgemeine Gültigkeit des

Abkommens und in Ausführung des Abkommens den Fortbestand der 54tägigen Arbeitswoche. Der Arbeitgeberverband verleiht hiermit die Arbeitszeitverordnung. Er übergeht weiter die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Betriebsvertretungen, die nach Ablauf des Reichstarifvertrages freie Hand für die Bereinbarung der Arbeitszeit haben. Es gilt für die freigewerkschaftlich organisierte Angestelltenchaft und die auf gleichem Boden stehenden Betriebsvertretungen, den ungesetzlichen Vorstoß des Arbeitgeberbundes mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten fordert die Betriebsvertretungen auf, sich dem Willkürkraft des Unternehmertums entgegenzustellen.

Konflikt in der Zigarettenindustrie.

Die öffentliche Versammlung der Transportarbeiter der Zigarettenindustrie nahm am Donnerstag den Bericht über die beabsichtigten Maßnahmen der Unternehmer entgegen. Wobald zeigte in seinen Ausführungen, wie planmäßig und systematisch die Arbeitgeberchaft jetzt den Reum- und Zehnstundentag einführen will. Da es ihnen im großen auf der ganzen Linie — infolge des energischen Widerstandes der freien Gewerkschaften — nicht gelingt, versuchen sie betriebsweise vorzugehen, wobei für sie jedes Mittel recht sei. Branchenleiter Hiller gab den Bericht von den letzten Verhandlungen. Große Empörung ergreift die Versammlung, als er mitteilt, daß die Arbeitgeber sich geweigert hätten, mit dem gesamten Kartell zu verhandeln. Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, verließen die Vertreter der Buchbinder und Transportarbeiter das Verhandlungszimmer. Für die Tabakarbeiter ist ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau und die Einführung der Akkordarbeit in den Expeditionen vorseht. Gleichfalls teilte die Unternehmer mit, daß sie gar nicht daran denken, den gegenwärtigen Lohn der Transportarbeiter in der alten Höhe zu belassen. Die noch Unorganisierten müssen daraus ihre Lehre ziehen, damit der Kampf ausgenommen werden kann und ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen ermöglicht wird. In allen Betrieben müssen nun Betriebsversammlungen einberufen werden, damit alle Kollegen über die Vorkommnisse im Bilde sind.

In der Diskussion wurde von den Vertretern der Erwerbslosen betont, daß sie in einem Kampfe in der Zigarettenindustrie den streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen würden. In der einstimmig angenommenen Resolution wird erläutert, daß die Transportarbeiter der Zigarettenindustrie nicht gewillt sind, die Forderungen der Unternehmer — Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnverkürzung, Einführung der Akkordarbeit usw. — anzunehmen.

Kennen Sie

Nährflocks?

Sie haben Gelegenheit sich von dem Wohlgeschmack der sofortigen Verwendbarkeit und der mühelosen Zubereitung durch eine

Kostprobe

an unserem Stand im

Kaufhaus Tietz, Frankfurter Allee,
Kaufhaus Tietz, Leipziger Strasse

zu überzeugen — Ununterbrochene Abgabe von Kostproben während des ganzen Tages ohne jeden Kaufzwang
Deutsche Nährflocken-Werke A. G. Berlin W8, Friedrichstr. 58



Eine neue **CONSTANTIN** für 3 Mg
MIT GOLDMUNDSTÜCK

Hergestellt aus edlen-rein orientalischen
Tabaken. * Mild im Geschmack.
Voll-flach im Format.

FORDERN SIE DIESE MARKE IHRER GÜTE WEGEN IN ALLEN SPEZIALGESCHÄFTEN

Stille Winkel der Weltstadt.

Alte Berliner Kirchen.

Die Kirchen gehören zu den wichtigsten Baudenkmalern aus alter Zeit, da sie in ihrem äußeren Kleid meist nur wenig verändert in unsere Gegenwart hereinragen. An ihnen sind die Zeitgeschicke der vergangenen Jahrhunderte vorübergerollt, ohne allzu sichtbare Spuren zu hinterlassen; Kriegsnot und Feuersbrünste konnten große Teile der Städte zerstören, das Baumerk der Kirchen strebte meist unversehrt aus Schutt und Asche empor. Auch Berlin hat noch einige alte Kirchen, deren Mauern bereits zur Zeit der früheren Geschichte unserer Stadt errichtet wurden. Haben die folgenden Jahrhunderte an ihrem Kleid auch hier und dort geändert, im allgemeinen ist es doch das alte geblieben.

Nikolai.

Die Nikolai-Kirche ist die älteste Kirche von Alt-Berlin. Sie war dem heiligen Nikolaus geweiht, dem Schutzpatron der Kaufleute. Hieraus darf wohl mit Sicherheit geschlossen werden, daß Berlin eine Handelsniederlassung an der alten Straße von Sachsen und Thüringen zur Ostsee war. Bereits 1245 wird der Probst Simeon der Nikolai-Kirche erwähnt; die Kirche muß also damals bereits bestanden haben. Allerdings wird sie nur von bescheidenem Umfang und Aussehen gewesen sein. Um die Mittel für den weiteren Ausbau zu erhalten, wurde 1264 ein Ablassbrief ausgefertigt. Diefem Bauabschnitt entstammt noch der Unterbau der Turme aus Granitquadern. 1379 begann der Bau eines neuen Chors aus Backstein, des noch heute bestehenden. Das Langhaus von den beiden Treppentürmen am Chor bis zur westlichen Turmfront wurde 1460 neu gebaut. Die letzte große Wiederherstellung des Äußeren und Inneren der Kirche geschah 1878. Hierbei wurde auch an Stelle des früheren einen Turms das letzte Turmpaar errichtet. Das Innere der Nikolai-Kirche enthält zahlreiche Grabsteine, Grabsteine und Gemälde aus den verschiedenen künstlerischen Zeitabschnitten der vergangenen Jahrhunderte.

Petri.

Die Petri-Kirche in der Gertraudenstraße war die Pfarrkirche von Alt-Köln. Sie wird schon im 13. Jahrhundert als hölzernes Gotteshaus erwähnt, das auf der Stelle eines Wendentempels stand. Eine solche Befassung von heidnischen heiligen Plätzen zur Ausübung des christlichen Gottesdienstes ist in der Zeit der Christianisierung unserer Heimat häufiger vorgekommen. Die Kirche war dem heiligen Petrus, dem Schutzpatron der Fischer, geweiht. Daraus läßt sich entnehmen, daß Köln wohl eine Siedlung war, deren Bewohner vorwiegend Fischer betrieben. Die Petri-Kirche ist zweimal durch Feuer (1730 und 1809) und einmal durch Einsturz (1734) zerstört worden, so daß von dem ursprünglichen Bau nichts mehr erhalten ist. Die Kirche in ihrer jetzigen Gestalt wurde 1853 eingeweiht.

Kloster.

Die Kirche und das Kloster des Franziskanerordens in der Klosterstraße, Graues Kloster genannt, sind das bedeutendste Denkmal gotischer Baukunst in Berlin. Die Kirche, abgesehen von der Westfront, ist noch fast ganz der ursprüngliche Bau des 13. Jahrhunderts. Das Langhaus trägt noch an die romanische Baukunst an, während der Chor das eckige und rechte Gepräge der Gotik zeigt, wie kaum ein anderes Baudenkmal seiner Zeit in der Mark Brandenburg. Das genaue Baujahr der Klosterkirche ist ungewiß, wahrscheinlich war es 1290. Als das Kloster nach der Reformation aufgehoben wurde, von 1571 der kurfürstliche Leibarzt Leonhard Thurneiser hier ein. Er richtete zunächst ein Laboratorium, dann eine Buchdruckerei und Formschneidererei ein; auch einen botanischen Garten leitete er für seine Pflanzenstudien an. Durch eine Verordnung vom 24. Februar 1574 wurde „ein theil des Grauen Klosters zu Berlin mit der oanhnen Kirchen, Kreuzkirche, sambt dorein gelegenen gemessen, Gärten, Weidweiden, Kirchhoffen und andern zuverhörungen“ dem neugegründeten „Gymnasium zum Grauen Kloster“ zur Benutzung überwiesen. Die Schulgebäude wurden

im Laufe des letzten Jahrhunderts umgebaut und erneuert. 1842 bis 1844 wurde die schon stark in Verfall geratene Kirche wiederhergestellt. Hierbei erhielt die Westfront außer einem neuen Dachstuhl auf der Giebelspitze zwei achteckige Treppentürme, und die Kirchhofmauer langs der Straßenfront wurde durch eine zierliche Bogenhalle in neuzeitlichen Backsteinformen ersetzt. Die Klosterkirche enthält viele Holzschneidereien, so 38 Chorstühle aus dem 15. Jahrhundert, an denen die Leidensgeschichte Christi veranschaulicht ist. Auch mannigfache Bilder, Grabsteine und Grabplatten birgt das Innere der Klosterkirche.

Marien.

Die Marienkirche auf dem zweiten Markt Alt-Berlins, dem Neuen Markt (im Gegensatz zu dem alten Markt, dem Marktplatz), ist die zweite der um die Mitte des 13. Jahrhunderts entstandenen Stadtkirchen Berlins. Erstmals wird sie urkundlich erwähnt in einem für die beiden Berliner Kirchen, Nikolai- und Marienkirche, gemeinsam erlassenen Ablassbrief von 1294. Im 14. Jahrhundert wurde die Marienkirche erneuert, 1892 bis 1894 zuletzt umgestaltet. Die Spitze des 90 Meter hohen Turms stammt aus dem Jahre 1790. Von den Denkmälern im Innern der Marienkirche ist das bemerkenswerteste das Totentanzbild. Es ist ein durch Inhalt wie Darstellung bedeutungsvolles Denkmal mittelalterlicher Malerei, etwa von 1470 bis 1860 unter der Linde wiederentdeckt wurde. In einer Länge von über 22 Metern und nahezu 2 Meter Höhe zieht sich das Bild vom Eingang friesartig an der linken Innenwand der Turmhalle herum bis zum Eingang ins Langhaus. Unter jeder der mit dem lächelnden Tod fortzuehenden Gestalten befinden sich mehrere Reimzeilen in niederdeutscher Mundart. Ein anderes berühmtes Totentanzbild ist das in der Marienkirche zu Lübeck. Überhalb der Kirche, links vom westlichen Haupteingang, sieht das zur Südhälfte für die Ermordung des Probstes Nikolaus von Bernau (1323) durch die Berliner errichtete Kreuz aus Backstein. Ursprünglich stand es an der Südseite des bis zur Spandauer Straße reichenden Neuen Marktes, am Ort der Tot. Als jedoch im 16. Jahrhundert diese Seite bebaut wurde, brachte man den oberen Teil des Sühnekreuzes an seinen jetzigen Platz. In den fünf Vertiefungen an der Vorderseite des Kreuzes ist wahrscheinlich die ewige Lampe befestigt gewesen, die die Berliner zur Sühne ebenfalls unterhalten mußten. Ein gleiches Kreuz steht vor dem Silesianer Tor in Prenzlau. Ueber seine Bedeutung ist jedoch nichts bekannt.

Heiliggeist und Parochial.

Die Kapelle zum Hospital zum heiligen Geist, am ehemaligen Spandauer Tor, im Winkel zwischen der Spandauer Straße und der Heiliggeistgasse, gehört zu den ältesten Bauwerken Alt-Berlins. Bereits eine Urkunde von 1313 deutet auf ihr Vorhandensein hin. Jetzt ist die Kapelle zu einem Hörsaal der Handelshochschule umgewandelt worden. Der Bau ist dem Neubau dieser Hochschule eingeleitet worden, so daß er vor dem Abbruch gerettet werden konnte. — Eine Kirche, die zwar nicht zu den alten Berliner Kirchen gehört, ist die Parochialkirche in der Klosterstraße. Ihr Grundstein wurde am 15. August 1696 gelegt. Im Turm befindet sich ein aus 37 Glocken bestehendes holländisches Glockenspiel, das alle Stunden und halben Stunden eine Melodie erklingen läßt. Derartige Glockenspiele hat man in Holland häufiger; in Deutschland ist das berühmte Glockenspiel der Katharinenkirche zu Danzig erwähnenswert. Bei uns ist außer dem an der Berliner Parochialkirche nur noch eins an der Potsdamer Garnisonkirche vorhanden.

Ein Besuch der alten Berliner Kirchen läßt uns einen lehrreichen Einblick in die Geschichte der alten Stadt tun. Beim Betrachten dieser alten Zeugen längst vergangener Jahrhunderte werden wir um so mehr ihres Aufstiegs bewundert, der vom Fischerdorf zur Weltstadt führte.

Porzellan.

Berliner, Meißener und Römischer Porzellan-Manufakturporzellan von auerlichem Geschmack ist jetzt im Antiquitätenhaus A. Wertheim in der Bellevuestraße zu sehen. Bei der Eröffnung dieser Ausstellung hielt der Reichskunstwart Professor Dr. Redtslob einen beachtenswerten Vortrag über die Geschichte des Porzellans. Als im 17. und 18. Jahrhundert ostasiatisches Porzellan nach Deutschland kam, gründete man, um das Geld nicht über die Grenze gehen zu lassen, die Manufakturen, und sah auch darauf, daß man ausfuhrmäßiges Porzellan herstellte. Meißener ist mit der Geschichte des Starken unauflöslich verbunden und Berlin mit der Friedrichs II., der noch während des Siebenjährigen Krieges mit Zwangsmitteln für den Verkauf seines Porzellans sorgte. So erlitt er zuweilen erst Heiratserlaubnisse, wenn für 500000 viel Later Porzellan aus seiner Manufaktur bezogen worden war. Römischer Porzellan wurde die Hauptmanufaktur für Bayern. Es wurde nachgerade Mode, daß jeder Fürst für sein Land eine Manufaktur schuf; so kam beispielsweise auch Rudolstadt zu einer solchen. Für die Manufakturen sind Tradition und Zukunftssinn von gleich hoher Bedeutung. So gehört das „Drachmuseum“, das August der Starke herstellen ließ, zu den klassischen Services. Über neben diesen Services, die der Welt gehören und die die drei Manufakturen immer und immer wieder herstellten, haben sie reiches plastisches Können behalten und sich neu erworben. So bringt Meißener Werke des Tierbildhauers Gaud. Das kaufende Publikum soll nicht nur einen Gegenstand, es soll auch Beziehungen zum Hersteller erwerben, es soll durch Kritik an der Sache teilnehmen. Man muß mit Porzellan umgehen können, die Möglichkeiten seiner Verwendung verstehen und mit dem Auftraggeber hinter den Leibern der Manufaktur stehen. Die Käufer müssen sammeln an der eigenen Zeit teilnehmen und den Direktoren der staatlichen Manufakturen zur Verbindung mit der Gegenwart helfen. In einer einzigen Porzellanfigur des 18. Jahrhunderts steckt mehr plastisches Können als die ganze Siegesallee zusammenaddiert beherbergt. Die Manufakturen stehen nicht am Ende einer bestimmten Bewegung, sie wollen auch weiter in der Zukunft positive Arbeit leisten; um dieses aber zu können, müssen sie den Willen der Öffentlichkeit hinter sich haben.

Eine Diebestromdie.

Bei der Kriminalpolizei erschien vor einigen Tagen ein gut gekleideter junger Mann und klagte, daß ihm auf einer Reise von Wittenberg nach Berlin in einem D-Zug-Wagen 2. Klasse sein ganzes Hab und Gut gestohlen worden sei, während er geschlafen habe. Er nannte sich Landwirtschaftsinspektor Hans von Dornsdorf und gab dementsprechend auch die Früchte auf den gestohlenen Koffern, Kleidungsstücken usw. an. Zum größten Unglück war dem Reisenden auch noch die kostbare Lederne Brieftasche gestohlen worden, die 800 Goldmark und alle Papiere enthielt. So konnte sich der Bestohlene nicht einmal über seine Person ausweisen, was er sehr bedauerte. Nach schlummer aber war es für ihn, daß er nun, abgesehen von ein paar Zehrpennigen, kein Geld mehr hatte. Er mußte schon zusehen, meinte er, wie er zunächst durchkomme. Das tat er dann auch, wie sich später ergab, mit großem Eifer und gutem Erfolg. Von Anhalten und Privatleuten, denen er sein Wohlgeschick und seine Rat schickerte, bekam er genug, um gut leben zu können. Bei der Kriminalpolizei ging aber unterdessen aus Leipzig die Meldung ein, daß von dort ein Schneider Otto Ledert nach Berlin verurteilt wurde. Die Beschreibung paßte genau auf Hans von Dornsdorf. Als dieser wieder erschien, wurde er zwar ebenso freundlich, wie bei dem ersten Besuch, aber doch mit einem für ihn unerwarteten und unangenehmen Ergebnis empfangen. Es war schon ausgesprochen, daß die Menge des Gepäcks, die dem Reisenden gestohlen sein sollte, für ein Handgepäck, wie man es in einem D-Zug-Abteil 2. Klasse unterzubringen pflegt, doch etwas zu umfangreich war. Man begrüßte den „Bestohlenen“, als er sich nach dem Grunde seiner Erkundigung wählte, sofort als Herrn Ledert. Er tat zwar sehr erstaunt, ließ sich aber keineswegs aus der Ruhe bringen. Erst nach längeren Verhandlungen bekannte er sich zu

(Koddruck durch Mail-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

von Leonhard Frank.

Wir kommen in eine kleine Stadt, mitten hinein in das verstaubte Wein und Wein, und sagen: „Der Mensch ist da.“ Ungeheures Erschauern! Alle geben uns, was wir brauchen. Denn in tiefster Heimlichkeit haben alle den Menschen erwartet, an dessen Kommen sie schon gar nicht mehr geglaubt hatten. „Der Mensch ist aber noch nicht da, Jürgen. Den gibt es noch nicht, kann es noch nicht geben. Mensch zu sein, kann dem einzelnen erst dann verstatet sein, wenn es allen verstatet sein wird... Welch furchtbaren Verrat an der Idee wir begehen würden!“

„Du sprichst so ernst, als ob ich wirklich alles rücksichtslos abschütteln und auf dieser Landstraße weiterwandern wollte, hinaus in das Leben... Würdest du darunter leiden?“

Wie seltsam tief ergriffen und dennoch heiter lieh mich da angeblickt hat, erinnerte Jürgen sich und glaubte Katharinas Worte wieder zu vernehmen, die sie gesagt hatte:

„Muß denn nicht gerade der Mensch, der, sein Ich um jeden Preis zu gewinnen, jeder Pflicht entläßt, indem er, um des Lebensgenusses willen rücksichtslos sein eigenes Ich zur obersten Instanz erhebt, sein Ich ganz und gar verlieren? Muß nicht gerade in dem Menschen, der ausschließlich seinen Wünschen und Begierden folgt, der Mensch ganz und gar untergehen? Und wird der Mensch und das in diesem Zeitalter verstatete Maß an Ich nicht enthalten bleiben nur in dem, der sie erfüllt: die Pflicht?“

Langsam hob er den Kopf, tat, wie damals, noch einen Blick in die wunderbare Ferne. Wandte sich wie gezogen um, starrte in das schwarze Tunnelloch: „Das ist die Pflicht... Wenn ich mich nicht schon entschieden hätte, müßte ich mich doch wieder, doch wieder... ich müßte mich doch wieder für die Pflicht entscheiden.“

„Doch wieder! Doch wieder!“ Trohig wiederholte er im Schrittlaut diese Worte. Während der letzten Jahre war Jürgen seiner Gedanken und Gefühle so sicher gewesen, daß er sie auch jetzt nicht kontrollierte.

Vor ihm lag, sanft gemalt, die Hochebene: Schollenäcker, Frühhaatflächen, weit hingebreitet, braun und grün. In der Nähe erklang Kravatenlächen, dem eine baltische Nachfolge folgte: Auf dem nächstgelegenen Hügel saßen die Fabrikantenöhne und -tüchter beim Picnic. Am Fuße des Hügel standen sechs Kraftwagen, darunter der postgelbe des Bankiers Wagner.

Hand in Hand sprangen zwei weißgekleidete Mädchen herab, die in Jürgen den Bräutigam der einen, der zu Fuß hatte nachkommen wollen, vermuteten.

Enttäuschung, Lächeln und ein kurzer Schmerzschrei in einem. Gestützt auf ihre Freundin und auf Jürgen, hinkte die Braut, die sich den Fuß abgetreten hatte, zurück.

„Und wenn ich ganz abgerissen wäre, würde mir das auch nichts ausmachen.“ Die ausgezerrte gewesene letzte Hofe seines letzten Anzuges war zu einer kurzen Hofe zurechtgeschneidert und von den Abfällen war ein Hinterteil frisch aufgesetzt worden, in Brecheschwung.

Adolf Singsheimer kam lustig entgegen, in der vorgestreckten Hand eine gebratene Hühnerkeule für den Erwarteten. Sein Mund öffnete sich.

„Tut schon nicht mehr weh,“ sagte die Braut beruhigend. Aber die vorgestreckte Hand ließ die Hühnerkeule senkrecht fallen. „Das ist Jürgen Kolbenreiter; und hier: Elisabeth Wagner, meine Braut,“ stellte er, während er den Knochen wieder aufhob, das andere Mädchen vor, das auf dem Herwege Jürgen in keiner Weise beachtet hatte und nun, zu plötzlich überrascht, in unverhohlener Spannung ihn ansah.

Jürgen war für Elisabeth Wagner so lange vollkommen uninteressant gewesen, bis sie erfahren hatte, daß ihre Mitschülerin Katharina ihn liebe. Seitdem hielt sie Jürgen, da Katharina schon im Institut für ein unzugängliches, wählreiches Mädchen gehalten worden war, für einen ganz besonders interessanten, bedeutenden Menschen, dessen Bekanntheit machen zu dürfen sie seitdem immer wieder Drohungen, Spott und alle Mittel ihres überlegenen Verstandes dem Bräutigam gegenüber angewandt hatte.

Sofort begannen sie von Katharina zu sprechen, die zwar zwei Jahre älter, aber im selben Institut mit ihr gewesen sei. Und auch als sie bewundernd ausrief, wie Katharina es nur ertragen könne, im Gefängnis zu sitzen, fühlte Jürgen, daß die Bewunderung ihm galt.

Erst viel später gestand er sich ein, daß er nur um Elisabeths Interesse noch zu steigern, versucht hatte, sich gleich wieder zu verabschieden.

Mit leisem Schmolzen, das ihrem kühlen Wesen fremd war, bat sie, er möge doch mit zur Gesellschaft kommen. „Adolf, bitte du ihn!“ Sie hielt Jürgen Hand fest.

„Na, so kommt doch mit... Aber wenn du nicht willst...“

„Seht erst bemerkte Adolf, daß er den starbigen Hühnerfuß wieder aufgehoben hatte, und schleuderte ihn seitwärts ins Feld, blickte dabei wütend seine Braut an.“

Das angenehme Nachgefühl ließ Jürgen mitgehen. Die drei setzten sich, etwas abgefordert von den anderen, auf die Wolldecke.

„Gebratenes Huhn und Rotwein, im Freien genossen — darüber hinaus gibt es nichts.“ Die andere Braut sagte dem Genießer, wer der Gast sei, dann wurde es auch auf dieser Wolldecke stiller.

Die fünfundschwanzig gepflegten, gesunden Menschen gehörten den reichsten Familien der Stadt, die Männer fast alle Jürgen Generation an: Fabrikantenöhne, die in den Geschäften der Väter arbeiteten oder sie schon selbstständig führten, wie Adolf die Knopfabrik und das angegliederte Exporthaus.

„Tüchtige Kerle! Daß der dort sich schon einen Namen in der Wissenschaft gemacht hat, weißt du ja. Unser Abiturientenjahrgang kann sich sehen lassen. Einer ist sogar schon Reichstagsabgeordneter. Der war ja immer einer der besten Schüler.“

Elisabeth begann von Literatur zu sprechen, lobte ein jüngst erschienenenes Buch, Jürgen, ausgehungert, aß schweigend und viel.

Streitsüchtig nannte Adolf eine Anzahl so schlechter Bücher, die er für weit besser halte, daß Elisabeth lachen mußte. Und zu Jürgen, mit einem Blick des Einverständnis: „Davon versteht er gar nichts.“

Die sechs Kraftwagen rollten langsam hügelauflwärts. Nachdem Elisabeth erzählt hatte, daß sie erst vor ein paar Tagen wieder Jürgen's Tante besucht habe, die bedenklich krank sei, sprach Adolf sehr orientiert von der Wirtschaftslage des Landes. „Die ganze Dichterei ist mir, offen gestanden, natürlich recht gleichgültig, und was du treibst — Arbeiter verhehen, Bomben fabrizieren, wie? — ist gar der reine Witz.“

„Sieh dir an, was unsere Industrie auf dem Weltmarkt gilt und werde vernünftig! Das ist der Rat eines Menschen, der kein Jüngling mehr ist, sondern die Verantwortung für das Wohl und Wehe von sechshundert Angestellten und Arbeitern ganz allein zu tragen hat. Meine Freunde hier, sieh sie dir an — lauter tüchtige Menschen! Der eine im Bankfach, andere in der Industrie oder in der Wissenschaft, in der Politik, Menschen, die sich und ihr Vaterland vorwärts bringen... Und Leo Seidel — erinnerst du dich noch an den Sohn des Briefträgers? Die Weltgeschichte, weißt du! Der ist heute, nachdem er eine Zeitlang Impresario und weiß der Teufel was alles gewesen war, Bankier in Berlin. Sieht im Aufsichtsrat von einem Duzend großer Aktiengesellschaften. Eine tolle Karriere! In ein paar Jahren kann er durch das Geben oder Berweigern seiner Unterschrift die Börse beeinflussen. Würde mich nicht wundern... Wirklich, solltest meinen Rat befolgen und die Augen auch aufmachen.“

(Fortsetzung folgt.)

seinem richtigen Namen. Er war in der Tat auf der Waise bestanden worden, aber nur um einen Pappstücken mit etwas alter Wäsche. Das hatte er zu dem großen Diebstahl aufgekauft, in der Hoffnung, von der Eisenbahnerverwaltung Schadenersatz, zunächst aber von miltätigen Reuten einmal reichliche Unterstühtungen zu erhalten. Seinen Schaden hatte er auf 10000 Goldmark angegeben. Die Kriminalpolizei brachte ihn nach Raabitz.

Wer zahlt beim Arztstreik die Kriegskosten?

Wenn Handarbeiter streiken, müssen sie selber die Kosten tragen. Wenn die Ärzte ihren Streik gegen die Krankenkassen durchzuführen wollen, versehen sie es, die Kosten den Krankenkassen aufzubringen. Sie behandeln weiter, aber zu den hohen Honoraren der Privatpraxis, und den Kassennachzahlern bleibt es überlassen, von den Krankenkassen die Rückzahlung zu fordern. Die Ärzte stehen sich dabei viel besser als in der Zeit vor dem Streik, und mancher bezieht jetzt, wo er von den in seiner Privatpraxis behandelten Kassennachzahlern die sogenannten „Kampffonds“ nimmt, ein Mehreres der früheren Kassenhonorare. Ueber die vielbeschäftigten „Kassenärzte“, die sich schon immer eines sehr ansehnlichen Einkommens erfreuten, scheint auch der Streik sich besonders reichlich zu ergeben. Vor dem Streik hatten 70 Proz. des viel zu großen Heeres der Kassenärzte so spärliche Beschäftigung, daß es ihnen herzlich schlecht ging. Die meisten von ihnen werden auch bei den hohen Honoraren der Streikzeit noch kein glänzendes Geschäft machen; aber das ist die Schuld nicht der Kassen, sondern der Ärzteorganisation, die das System der unbeschränkten freien Arztwahl mit ihren weit über 3000 Ärzten gewollt hat und verteidigt. Die 30 Proz., denen es schon vor dem Streik leidlich oder gut ging, sind die eigentlichen Streikgewinnler, und die Besorgtesten unter ihnen können jetzt das Geld scheffeln. Daß die Kassen nicht auf die Dauer die „Kampffonds“ zahlen können, ist klar. Täten sie es, so müßten die Beiträge ins Maßlose erhöht werden. Die Kassen sind genötigt gewesen, die Rückzahlung ungewöhnlich hoher Honorare auf Teilbeiträge zu beschränken. Daher mußten Mitglieder, die von solchen viel nehmenden Ärzten sich behandeln ließen, einen Teil der Honorare leider aus eigener Tasche decken. Trotzdem sind den Kassen noch sehr bedeutende Ausgaben entstanden, die Ärzte aber konnten von den auf Kosten der Krankenkassen und ihrer Mitglieder eingehenden Honoraren einen beträchtlichen Teil ihrem „Kampffonds“ zuführen. Allein von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin haben in den Monaten Dezember und Januar manche Ärzte ein Honorar verdient, das in Einzelfällen bis über 4000 M. für zwei Monate von einer Kasse hinanzuging. An der Spitze steht mit 4292 M. Dr. B. Raa, ihm folgt mit 3907 M. Dr. V. Ellenthal (vormals der ärztliche Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, in der er augenblicklich gegen die Kassen streikenden Ärzte geschrieben hat), weiter mit 2456 M. Dr. W. Klein, mit 2293 M. Dr. N. Rathen, mit 2008 M. Dr. J. Samel usw. Wenn Handarbeiter streiken und den Streik 3 Monate aushalten wollen, müssen sie eine Hungerkur durchmachen. Wenn Ärzte streiken, wird mander die und seit — auf Kosten der bestreikten Krankenkassen und ihrer Mitglieder.

Eine Ärzteversammlung, einberufen vom Groß-Berliner Ärztebund und der Kreislichen Vertragsgemeinschaft, nahm gestern einen Bericht über die Lage entgegen. Die vertraulich gemachten Berichte schalteten auf das Reichsarbeitsministerium, dem man anscheinend Wortbrüchigkeit vorwerfen möchte. Ein Referent führte aus, das Ministerium habe versprochen, dafür zu sorgen, daß die Krankenkassen die Ärzte zu den alten Bedingungen wieder einstellen sollten. Diesen Gesellen hat das Ministerium den Ärzten nun allerdings nicht getan, wohl deshalb nicht, weil es einleuchtet, daß das aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen unmöglich ist. Noch größer ist bei den Ärzten die Erbitterung gegen das Oberverwaltungsamt, das sich auf die Seite der Krankenkassen gestellt hat. In einer einstimmig angenommenen Entschließung reden die Ärzte sogar von „Zweifeln an der Unparteilichkeit der Verwaltungsbehörden“. Im übrigen tragen sie viel Zuversichtlichkeit zur Schau und bekunden Entschlossenheit zur Fortsetzung ihres Kampfes. Ratschläge wollen sie auch vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückweichen. Ein von der Versammlung angenommener Antrag fordert erneute Proklamierung des vertraglosen Zustandes für ganz Deutschland.

Nordprozess Friedmann.

Die Angeklagten belassen sich gegenseitig.

Obwohl die weitere Verhandlung in dem Nordprozess Friedmann während des gestrigen Tages völlig unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, standen Hunderte von Männern und Frauen bis zum Schluß vor den Eingangstüren im Gerichtsgebäude und auf den Treppen bis zur Straße hinaus und horrten darauf, daß sich die Leute wenigstens einen Augenblick blicken würden.

Als die Verhandlung im Saal wieder aufgenommen wurde, regte Rechtsanwalt Eisenstadt an, Vorlesungen zu treffen, daß Schulz und Hoffmann nicht miteinander zusammenkommen, da die Befürchtung bestehe, daß Hoffmann versuchen werde, Alfred Schulz zu beeinflussen. Als Zeuge wird dann ein Kaufmann vernommen, der mit Friedmann befreundet war und mit diesem oft Sportvereine und Dienen besuchte. Der Zeuge traf Hoffmann einmal allein in der Diele und hörte, daß dieser sich sehr abfällig über Friedmann aus sprach und auch äußerte, er werde dem Friedmann eins aus zwischen. Unser fortgesetzten Zusammenstößen zwischen den beiden Gruppen der Verteidiger werden dann verschiedene Zeugen vernommen, von denen die einen Hoffmann als einen gutmütigen, die anderen als einen gewalttätigen Menschen bezeichnen. Der Angeklagte Alfred Schulz bringt mit einem Notizzettel in der Hand verschiedene Punkte zu seiner Verteidigung und zur Anklage gegen Hoffmann vor. Angeklagter Hoffmann (sehr erregt): Alle zwei Wochen habe ich Alfred Schulz beim Gottesdienst getroffen und immer hat er mir zugestimmt: „Moz, sage nichts, daß ich Friedmann gewürgt habe.“ — Angeklagter Schulz (dazwischenrufend): Das ist alles Lüge. — Angeklagter Hoffmann (weinend): Hoher Gerichtshof, wenn er vor Ihnen schwindeln will, aber vor dem lieben Gott kann er nicht schwindeln. — Rechtsanwalt Dr. Pindar: Will der Angeklagte Schulz bestreiten, auf dem Kirchgang mit Hoffmann gesprochen zu haben? — Angeklagter Schulz: Jomah, das bestreite ich. Wie kann ich mit ihm sprechen, wenn ich sechs Reihen in der Kirche hinter ihm sitze und vier Beamte aufpassen, daß niemand spricht! — Rechtsanwalt Bahn: Wie ist denn Hoffmann überhaupt in den Besitz der Armbänder gekommen, die bei ihm gefunden wurde, wenn er sagt, daß Schulz sie Friedmann abgeholt hat? — Angeklagter Hoffmann: Das ganze Paket mit der Uhr, dem silbernen Zigarettenetuis und den anderen Schmuckstücken habe ich unterwegs Schulz abgenommen. — Rechtsanwalt Bahn: War er damit einverstanden? — Angeklagter Rein: es gelang gegen seinen Willen. Aber ich tat es, damit er die Vertretung der Anklage beginnen. Die Verhandlung am Montag soll wieder öffentlich sein.

Die Verhandlung wird dann nochmals auf einige Stunden unterbrochen, da Rechtsanwalt Dr. Frey auch noch die Vernehmung der Hausangestellten in der Pension, in der Friedmann wohnte, bis er seine neue Wohnung in der Vorbergstraße bezogen, vernommen haben will. Die Zeugin wird mit einem von der Staatsanwaltschaft gestellten Auto aus Reutlitz herbeigeführt, und es ergibt sich dann, daß sie nichts Wesentliches auszu sagen vermag. Da nunmehr die Verteidigung auf weitere Bemerkungen verzichtet, kann endlich die Beweisaufnahme geschlossen werden. Die Verhandlung wird am Montag früh 9½ Uhr vertagt. Es wird alsdann sofort der Staatsanwalt Alffessor Dr. Buerchs mit der Vertretung der Anklage beginnen. Die Verhandlungen am Montag sollen wieder öffentlich sein.

Kabarettizene in Gerichtssaal.

Ein unfreiwilliges Gastspiel mußte der Improvisator Paul St. vor dem Amtsgericht Schöneberg geben, vor dem er sich unter der Anklage der Nötigung zu verantworten hatte. Im Zustand höchster Erregung betrat St. schon den Gerichtssaal und der Verlauf der Verhandlung gestaltete sich ungemein lebhaft, so daß die zahlreiche Zuhörerschaft gewissermaßen zu einer Gratis-Kabarettvorstellung kam. Unruhig lief der Angeklagte bei seinen Ausführungen während der Vernehmung im Gerichtssaal auf und ab, wobei er in der einen Hand einen großen Bierkrug, in der anderen einen Rollzettel schwang, gleichsam als ob er die Stichworte aus dem Publikum aufgreifen wollte. St. hatte in einer Julinacht mit dem Wirt eines Kabarett in Steglitz, in dem er zurzeit austrat, noch um 2 Uhr nachts zusammengeessen. Wöllisch erschienen Polizeibeamte und machten den Wirt auf das Ueberfrachten der Polizeistunde aufmerksam. St. mißachte sich sehr erregt in die Auseinandersetzung mit den Beamten und als keine Personallisten festgestellt werden sollten, warf er dem Schupoamten einen verachtungsvollen Blick zu und wies stolz auf ein Blatt an der Wand, auf dem groß gedruckt war „Paul St., Deutschlands größter Improvisator“. Da mit dem stark anwesenden Improvisator nichts anzufangen war, begünstigte sich die Beamten schließlich auch mit dieser Feststellung und entfernten sich. Nach etwa einer Stunde erschien St. in höchster Aufregung auf dem zuständigen Polizeirevier und verlanste den Nachhabenden zu sprechen; es war inzwischen 3 Uhr früh geworden. St. veranste von diesem Auskunft darüber, weshalb man es gewagt habe, das Blatt, in dem ein Mann von seiner Berühmtheit sich aufhalte, zu veröffentlichen. Er rief den Beamten, die Sache in gutem belehrenden. Als das abgelehnt wurde, schrie er in Ekstase: „Sie scheinen nicht zu wissen, wer ich bin. Ich bin der Freund und Vertrauensmann von Minister Seewering und vom Polizeipräsidenten Richter. Und wenn Sie etwa eine Anzeige machen wollten, so sind Sie bereits morgen früh um 9 Uhr abgesetzt.“ Die Folge dieser Redensarten war die Anklage, daß St. durch Drohungen einen Beamten zur Unterlassung einer Amtshandlung nötigen wollte. Vor Gericht entschuldigte St. sich mit seiner starken Angetrunkenheit. Er äußerte sich aber auch jetzt sehr empört darüber, daß Polizeibeamte sich durch ihn beleidigt fühlen könnten, wo er doch jeden Abend „zum deutschen Volk alias Publikum“ noch ganz andere Dinge sage. Er habe sogar dem Prinzen Dolar das Jilat aus Göt von Reichsinnen, ohne eine Beleidigungsanklage zu erhalten, zuverufen. Der Anwalt beantragte gegen St. 100 M. Geldstrafe, nur mit Rücksicht auf seine Angetrunkenheit, ebenfalls hätte er Gefängnis verdient. Der Richter hielt auch St. für seine Handlungsweise nicht für verantwortlich und sprach ihn wegen sinnloser Trunkenheit auf Grund des § 31 frei. Mit triumphierendem Blick auf die Beamten weckte „der größte Improvisator Deutschlands“ stolzen Schrittes den Gerichtssaal.

Das Ende einer Bierreise.

Wir hatten kürzlich über das blutige Ende einer Bierreise berichtet, bei der der Reisende Hans Borich bei einem Kampf mit dem Kürschnermeister Wilhelm Pleisch durch den Laufstutzen des Kürschnermessers getötet worden war. In dem Bericht war gesagt, daß der Streik wegen eines Mädchens entstanden sei, das sie bei ihrer Kneipfahrt kennengelernt hatten.

Ein Feiler findet uns nun eine Darstellung des Vorfalles, die unsere Mitteilung ergänzt. Danach ist der Getötete ein intimer Freund der Eheleute Pleisch. Er war am vergangenen Freitag abend um 7 Uhr im Geschäft von Pleisch in Begleitung der fraglichen Dame, die er ihnen als seine Braut vorstellte erschienen. Er hatte den Wunsch, der Dame einen Fußspiegel zu kaufen. Da der Meister gerade nichts Geignetes an Lager hatte, wurde nichts aus dem Geschäft. Nach gemeinsamen Abendessen in der Wohnung besuchten die Pleischs die Eheleute mit dem Boar noch ein Lokal in der Vikandstraße, von wo sie alle um 1 Uhr in die Wohnung zurückkehrten, wo dann weiter gegest wurde. In den Morgenstunden wurde der Getötete radial gegen seine Begleiterin und mißhandelte sie aufs schwerste, weil sie es ablehnte, ihn in seine Wohnung zu begleiten. Herr Pleisch schickte sich daran, ihn zu bitten, seine Beaufassung und das Gastrecht nicht so zu mißbrauchen, worauf der Getötete, vielleicht in einem Anfall heftiger Rasterei, ohne weiteres vom Angriff auf ihn überging. Was sich weiter ereignete, hat seinerzeit den Tatsachen entsprechend geschildert worden. Es hat also zwischen beiden Freunden kein Rivalitätsstreit um die Dame stattgefunden. Der Getötete hat das Gastrecht mißbraucht und seinen Gastgeber noch dazu in eine recht schiefte Lage gebracht.

Milch und Schlagfahne.

Ansichts des überhandnehmenden Freiblebens von Schlagfahnen in Bäckereien, Konditoreien, Restaurants usw. muß mit allem Nachdruck daran erinnert werden, daß nach wie vor ein Herstellungsverbot für Schlagfahnen besteht, und daß sich die Hersteller wie die Verkäufer von Schlagfahnen der Gefahr einer Strafverurteilung aussetzen. Das Verbot gilt für die Herstellung aus inländischer und ausländischer Rohmilch und Sahne und insbesondere auch für Dauerlaktose. — Einzelne sind Händler dazu übergegangen, Milch, die sie nicht mehr abheben konnten, zu verarbeiten, trotzdem nach wie vor ein Herstellungsverbot für Milch besteht und auch nach der Wirtschaftsweise kein Anlaß zu einem solchen Vorgehen besteht. Weiße Ortsteile sind in Berlin nach längst nicht ausreichend mit Milch versorgt.

Selbsthilfe der Jugendverbände in Reinickendorf.

Die Verbände der wertvollen Jugend Reinickendorf-West haben sich zu einer wertvollen Selbsthilfe entschlossen. Schon lange fehlt es gerade in diesem Ortsteil an Räumen, in denen die Jugend den Abend zur Bildung und Geselligkeit in ihrem Sinne verbringen kann. In Klassenzimmern der Schulen, Räumen in Kinderhort und Fürsorge haben die Gruppen nicht die Möglichkeit, sich äußerlich wohllich einzurichten. Die Schankstätten des Alkohols widersprechen dem Geist einer reinen Jugend. Von Staat und Gemeinde sind wertvolle Mittel nicht zu erwarten. So wollen wir uns selbst ein einfaches, freundliches Heim bauen, in dem wir uns nach dem Druck der Tagesarbeit während der kalten Jahreszeit wirklich wohlfühlen können. Wir wenden uns an alle Betriebe, Vereine, Organisationen, an jeden einzelnen, der in der Jugend die Zukunft sieht. Zeichnet euch in die Listen, die unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft Jugendheim Reinickendorf-West herumgegeben werden. Kauft „Bausteine“ zum Heimbau! Gebt jeder etwas! Ueber den Erfolg wird berichtet werden. Touristenverein „Die Naturfreunde“. Turnverein „Fichte“. Allgemeine Jugend. Sozialistische Arbeiterjugend. Jugendbund der weiblichen Schule. Kinderfreunde.

Die Wetvegnungsgelder der Kriminalpolizei.

In der letzten Zeit war viel darüber geklagt worden, daß die Kriminalpolizei durch die Sparmaßnahmen außerstande gesetzt worden wäre, bei der Verfolgung flüchtiger Verbrecher zum Erfolg zu gelangen. Nunmehr ist es dem Reichsjustizministerium gelungen, vom Finanzministerium zu erreichen, daß der Kriminalpolizei wieder wie früher die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Überdies muß damit invariam ausgegangen werden, denn wenn jeder der 3000 Groß-Berliner Kriminalbeamten vollkommene Verfügungsfreiheit in finanzieller Beziehung hätte, so könnte das für den Staat eine schwere Belastung werden.

Ein „netter“ Bräutigam. In der 11. Nachtsunde wurden zwei Beamte des Polizeireviere 25 nach dem Hause Breitenstraße 40 gerufen, wo der 29 Jahre alte Techniker Heinrich J. in die Wohnung des Geschäftsführers E. eingedrungen war, die Wohnungseinrichtung zum Teil zertrümmert hatte und E. sowie

dessen Tochter, mit der J. verlobt gewesen war, bedrohte. Als die Beamten dem Wütenden entgegentraten, nahm dieser Wogerteilung ein und versuchte, die beiden Beamten niederzuschlagen. In der Notwehr machte einer der Beamten von seiner Seitengewehr Gebrauch und verletzte J. durch einen Hieb über die linke Hand so erheblich, daß er nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht werden mußte.

Richter und Sachverständige.

Verurteiter Kaufmord eines Geisteskranken.

Am 3. Februar v. J. hatte der viermal wegen Diebstahl verurteilte 24jährige Hermann Stein gemeinsam mit dem bereits abgeurteilten minderjährigen Georg Sch. auf dem Eisenplatz an der Swinemünder Brücke einen Diebstahl beabsichtigt. Der plötzliche auf der Straße erschienene Wächter wurde kurzer Hand mit einem Gasrohr niedergeschlagen. Sie festhielten den blutüberströmten und hilflosen Mann, nahmen ihm Pistole und Belg ab, beluden einen Handwagen mit Eisen und fuhren davon.

Zur ersten Verhandlung vor den Geschworenen am 26. Juni d. J. hatte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hermann Gutmann den Antrag gestellt, den Angeklagten auf den Geisteszustand zu untersuchen. Die Sache wurde verlag, die Untersuchung angeordnet. Medizinalrat Dr. Thiele fand den Angeklagten geisteskrank und laut § 51 unzurechnungsfähig. Dem Gericht genügte dieses Gutachten nicht und dem Geheimen Medizinalrat Dr. Sörmer, der nun sein Gutachten über das Gutachten seines Kollegen abgeben mußte, blieb nichts anderes übrig, als dieses zu bestätigen. Aber das Gericht, so mißtraulich es einmal gegen die medizinische Fakultät ist, berief noch den Sanitätsrat Dr. Leppmann als dritten Sachverständigen. Der stellte nun jetzt gemeinsam mit seinem Kollegen fest, daß der Angeklagte vollkommen geisteskrank und verhandlungsunfähig sei. Das Gericht, das immer noch Simulation witterte, mußte nun beschließen, das Verfahren bis zur Genesung des Angeklagten einzustellen.

In doppelter Beziehung ist die Sache von größtem öffentlichen Interesse. Einmal beweist der Fall wieder, daß die Fürsorgeanstalten unter Umständen ihrer Aufgabe, die Gesellschaft vor Rechtsverletern zu schützen, nicht gewachsen ist. Der Angeklagte Stein, von seinem 14. Lebensjahre an in den Fürsorgeanstalten Zülsdorf und Strausberg untergebracht, benahm sich trotz, aufsehend, unerschrocken, rebellisch usw. Seine Mutter war 8 Jahre in einer Irrenanstalt untergebracht, seine Schwester ist idiotisch, sein Vater Säufler, sein Großvater geisteskrank. Von all dem war in der Fürsorgeanstalt nichts bekannt, der Junge kein einziges Mal vom Arzt untersucht. Auch die Untersuchungsrichter, die die vier Diebstähle zu bearbeiten hatten, haben sich nicht der Mühe unterzogen, ihn auf seinen Geisteszustand zu prüfen. Geheimrat Rat Dr. Sörmer war es, der die Akten der Fürsorgeanstalten eingesehen hat, der Verteidiger, der die Untersuchung veranlaßt hatte. Alles das geschah erst, nachdem diese Unterlassungen der Fürsorgeanstalt und der Gerichtsbehörden beinahe einem Menschen das Leben gekostet haben.

Der ärztlichen Wissenschaft, die auf Grund objektiver Befunde und langjähriger Erfahrung die medizinische Diagnose stellt, wird also nach wie vor größte Feindseligkeit entgegengebracht. Im allgemeinen aber wird das Gutachten als unerwünschte Komplikation empfunden. Während die forensische Kriminalwissenschaft schon seit langem die Forderung aufgestellt hat, eine ärztliche Untersuchung des Angeklagten bei jedem Kapitalverbrechen vorzunehmen, bequemt sich in der Regel der Untersuchungsrichter nur in den Fällen dazu, wo Simulation oder ausgeprochene Geistesverwirrung vorliegt. Daher der Uebelstand, daß immer wieder Verhandlungen zur weiteren Beobachtung des Angeklagten vertagt werden müssen und so dem Staat unnütze Kosten entstehen. Ob, wie in diesem Falle, gar drei Sachverständige eine Ersparnis für den Staat vorstellen, ist mehr als zweifelhaft. Die Justiz wird sich wohl allmählich damit auseinandersetzen müssen, daß das Verbrechen nicht nur ein Vorontropfen-Tatbestand, sondern der Ausfluß der feindseligen und physischen Gesamtpersönlichkeit des Individuums ist. Das Verbrechen als Handlung, die von der Norm abweicht, ist größtenteils die Tat eines von der Norm abweichenden Menschen. Ob das aber der Fall ist, oder nicht, unterliegt nicht der Kompetenz der juristischen, sondern der medizinischen Fakultät.

Gasvergiftung einer Mutter und ihrer Kinder. Die Feuerwehr wurde nach dem Hause Wiesenstr. 25 gerufen, wo die 46 Jahre alte Witwe Ida Kade und ihre beiden 9 und 16 Jahre alten Kinder, durch Gas vergiftet, beunruhigend aufgefunden wurden. Es gelang den Bemühungen der Feuerwehreinheit, Mutter und Kinder wieder ins Leben zurückzurufen. Ob eine beabsichtigte Gasvergiftung vorliegt oder ein Unglücksfall, bedarf noch der Aufklärung.

Die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Berlin e. V. Nr. 37, Schönhofen Straße 20 I. mußte in letzter Zeit mehrfach feststellen, daß von Personen, die dem A.S.B. nicht angehören, mit Abzeichen und Armbinde Unfug getrieben wurde. Die Arbeiter-Samaritaner bitten die Deutschnationale, bei vorkommenden Fällen sich stets Armbinde und Ausweis vorlegen zu lassen. Jeder Ausweis ist mit Lichtbild versehen und trägt die eigenhändige Unterschrift des Inhabers sowie die Unterschrift des jeweiligen amtierenden Vorsitzenden, Ausweis und Armbindennummer müssen stets übereinstimmen. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, erlauben sie um Abnahme und um Ausstellung auf Kosten der Kolonie an die Geschäftsstelle. Ihr Abzeichen ist ein weißes Kreuz auf rotem Felde mit der Aufschrift im Kreuz A. S. B. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ein Automobil auf drei Einwohner.

Automobilismus von Rotorfahrzeugen während des letzten Jahres.

Die Herstellung von Rotorfahrzeugen während des letzten Jahres betrug nach einer Mitteilung des Handelsdepartements in Washington auf 2830399 Personen und 876257 Kraftwagen gegen 2839760 Personen und 246241 Kraftwagen im Jahre 1922. Die Gesamtproduktion der Rotorwerke im Jahre 1923 betrug 2200892 Rotorfahrzeuge aller Art (Automobile, Kraftwagen und Traktoren), das sind 775039 Stück mehr als im Jahre 1922. In den amerikanischen Werken der Ford Company wurden 1915495 Personen- und Kraftwagen, in überamerikanischen Werken einschließlich der kanadischen 175474 Wagen hergestellt; dazu kommen noch 101898 Traktoren und 7923 höherwertige Wagen. In vier Staaten der Union gibt es jetzt je über eine Million Automobile; Kalifornien steht mit einem Automobil auf drei Einwohner an der Spitze. Die durchschnittliche Lebensdauer eines Automobils wird in Amerika jetzt mit sieben Jahren angegeben.

Zehn Bergwerksunfälle in einer Woche auf einer Grube. Aus Buer wird folgendes gemeldet: Auf der Grube Graf Bismarck sind wieder drei Bergleute durch zu rasches Herablassen eines Förderkorbes verunglückt. Einer ist bereits tot, die beiden anderen sind tödlich verletzt. Dies ist in dieser Woche bereits der zehnte Unglücksfall auf dieser Grube.

Im Treibeis gesunken. In der Nähe von Hongß ist der auf der Fahrt nach Lübeck befindliche Dampfer „Dris“ während eines heftigen Sturmes in das Treibeis geraten. Das Schiff sank mit voller Ladung, die Mannschaft ist gerettet.

Geschäftliche Mitteilungen.

Neuer am Karlsruherweg! Am Sonnabend eröffnet das Geschäftshaus Arthur Kopp im Eberhardweg, Karlsruherweg 15, eine Filiale-Reinigungs- und Wäscheanstalt auf das beste Niveau.

Wirtschaft

Hamburgs Notglück.

Das Jahr 1923 war für die deutsche Wirtschaft ein Kriegsjahr mit katastrophalen Auswirkungen. Am deutlichsten wird das erkennbar, wenn sie am Einzelbeispiel untersucht werden. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ veröffentlicht Prof. Dr. Hennig in diesem Sinne einen beachtlichen Beitrag. Er untersucht den Verkehr des Hamburger Hafens, er ergab für 1923 einen Rekord, der sogar die Zahlen von vor dem Kriege übertrumpfte. Prof. Hennig schreibt etwa:

Man darf es als nahezu sicher ansehen, daß die Vorzüge am Rhein und Ruhr ausgesprochen fördernd auf Hamburgs Verkehr eingewirkt haben. Das zeitweise nahezu völlige Erliegen der Rheinschifffahrt tat natürlich dem Rheinmündungshafen Rotterdam schweren Abbruch. Ein großer Teil des Seeverkehrs, der sonst Rotterdam als Umschlagplatz zu benutzen pflegte, zog sich nach den Konkurrenzhäfen Hamburg und Antwerpen hinüber, wobei ersteres für das unbesetzte, letzteres für das besetzte Deutschland der Haupthafen wurde.

Zunehmend ist es bezeichnend für die ungesunde und von Grund aus verworrene Lage, daß von 1922 zu 1923 in Hamburg wie in Antwerpen gleichzeitig ein Aufschwung des Verkehrs um je 10 bis 20 Proz. erfolgte. In Rotterdam dagegen ein Rückgang um nahezu 8 Proz. Hollands Seeverkehr war also zu den Kosten der Subvention beitragen müssen.

In folgenden genauen Zahlennachrichten spiegelt sich die genannte absonderliche Wirkung der französisch-belgischen Ruhrrevolte wider. Es betragen die Verkehrsdaten in:

Hafen	Zahl der Schiffe		Netto-Reg.-Tonn.	
	1922	1923	1922	1923
Hamburg	10883	12340	13 005 184	15 400 928
Rotterdam	8482	8009	12 338 018	11 400 895
Antwerpen	8328	9351	13 038 659	15 093 717

Während im Jahre 1922 Hamburg und Antwerpen ungefähr gleich starken Verkehr hatten — in der Zahl der Schiffe hatte Hamburg ein deutliches Übergewicht —, stand 1923 Antwerpen merklich hinter Hamburg zurück, wenn auch nur um 2 Proz. in der Tonnage, so doch um rund 30 Proz. in der Schiffszahl. Die sehr bedeutende Ueberfägelung Rotterdams durch beide Konkurrenzhäfen tritt in der Tabelle sichtlich genug hervor und ist um so auffälliger, als von 1919 bis 1921 Hamburg hinter Rotterdam stets, zum Teil sogar sehr bedeutend, zurücktrat.

Am eindrucksvollsten aber wirkt die Tatsache, daß der Hafenverkehr in Hamburg 1923 selbst den der vorhergehenden Jahre der Vorkriegszeit, 1912 und 1913, übertrifft hat, wenn auch noch nicht in der Zahl der Schiffe, so doch in der bedeutungsvolleren Gesamttonnage. Daraus ergibt sich, daß die Durchschnittsgröße der in Hamburg ein- und ausgehenden Seeschiffe 1923 größer als 1913 war. Tatsächlich betrug sie 1913 nur 942 Netto-Registertonnen, 1923 dagegen 1248 Netto-Registertonnen. Diese Tatsache hängt freilich zusammen mit dem für uns weniger erfreulichen Umstand, daß noch immer die ausländischen Flaggen mit einem viel größeren Bruchteil als die deutsche am Hamburger Seeverkehr beteiligt sind.

Nachfolgende Tabellen geben die Verkehrsdaten der drei größten seeländischen Nordhäfen für die beiden letzten Friedens- und die fünf Nachkriegsjahre vergleichend an:

Hafen	Zahl der verkehrenden Seeschiffe				
	1912	1913	1919	1920	1923
Hamburg	15 774	15 073	2838	4864	10 838
Rotterdam	11 817	11 443	4328	5951	8 462
Antwerpen	7 048	7 066	4920	7698	8 923

Hafen	Netto-Registertonn.				
	1912	1913	1919	1920	1923
Hamburg	13 568 000	14 125 406	1 870 000	3 005 134	15 400 928
Rotterdam	13 478 005	12 915 543	3 511 501	7 609 777	11 400 895
Antwerpen	11 607 358	12 023 101	4 458 290	9 230 087	15 093 717

Es wäre natürlich ein Verstum, wollte man auf Grund der Zahlen annehmen, daß Hollands Hafen und damit Holland durch die Ruhrbesetzung mehr gestärkt worden sei als Deutschland. Das festzustellen ist nur bei Ermäßigung der beiderseitigen Gesamtschädigung zu beurteilen möglich. Wir wissen, daß bei dieser Nachprüfung Deutschland der Staat ist, der am bittersten zu leiden hat. Aber die Zahlen des Hamburger Verkehrs zeigen, wie vielgestaltig die Auswirkungen der Ruhrbesetzung sind.

Geld- und Schwindelgeldzauberei.

Unter Genosse Professor Dr. Conrad Schmidt hat im Verlage Diez ein Büchlein herausgegeben, das Silvio Gesells Erbschaftslehre eingehend behandelt. Es ist sehr lesenswert. In der Einleitung schreibt Schmidt:

Neben dem bereits im kommunistischen Manifest kritisierten sozialistischen Utopismus, der abseits von der großen Heerstraße der Arbeiterbewegung, abseits von der Lage der Arbeiterklasse selbst herauswachsenden gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen, der Menschheit Erlösung bringen will, geht ein anderer, im Grunde bürgerlich gesinnter, aber darum nicht minder phantastischer Utopismus einher. Ein Utopismus, der unter voller Aufrechterhaltung der privaten Wirtschaft und ihrer Konkurrenz durch irgendwelche an dem bisherigen Wirtschaftssystem vorgenommene Korrektur alle Schäden derselben aus der Welt schaffen zu können wähnt.

Der Franzose Proudhon, mit dessen hochtrabend geschwollenem Buche die „Philosophie des Gelds“ der junge Marx im Jahre 1845 in seinem glänzenden Pamphlet „Das Geld und die Philosophie“ abrechnete. Ist ein typischer Vertreter dieser Richtung, der hier und da auch heute noch Bewunderer findet. Solche, die seine Phantasien einfach übernehmen, wie solche, die seine Grundidee, die faszinierende Frage durch eine Geldreform zu lösen, noch übertrumpfen möchten. Von diesem Schöpfung ist der Schweizer Silvio Gesell. Manche Zeichen scheinen dafür zu sprechen, daß die rührige Agitation, die er und seine Anhänger seit Jahren entfalten, auch in einigen Kreisen der Partei bereits Verwirrung angezettelt hat. So lohnt es sich wohl, diese allerneueste Heilslehre kritisch ein wenig näher anzusehen.

Gesells Hauptarbeiten erschienen zu einem starken Bande vereinigt, mit einer Bildung an Proudhon, unter dem Verfassungstitel „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. (1922 bereits in fünfter Auflage.) Er hat das Buch vor ein paar Monaten erst, durch eine an die deutschen Gewerkschaften gerichtete wirtschaftspolitische Denkschrift ergänzt, die geradezu protestartige Anklagen wider die in den vier Jahren in Deutschland durchgeführte und bis zum Kriege aufrechterhaltene Geldwährung erhebt und mit Schlagworten der Doppelwährungsagitation, die man längst für erledigt hielt, arbeitet.

Von irgendeinem Verstande, sich über das Wesen des Geldes und die Rolle, die es in der heutigen Volkswirtschaft spielt, systematisch Rechenschaft abzulegen, die Stichhaltigkeit seiner Freigeld-Verheißungen an einem so gewonnenen Maßstabe zu prüfen, ist bei ihm nicht die Rede. Kann schon darum nicht die Rede sein, da eine solche kritische Bemessung den Phantasmagorien, denen er nachhängt, nur vornehmlich den Boden unter den Füßen wegnimmt, so ihr Entstehen selbst unmöglich gemacht haben würde. Wir wollen versuchen, das wenn auch in einer noch so summarischen Betrachtung

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

(Durchschnittskontrollpreise des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner (bei Haus Berlin) Preise in Goldmark.)

Gerste, ungerollt, lose	15,75—16,50	Malzkaffee, gepackt	22,00—28,00
Gerste, gerollt, lose	15,25—16,00	Rübzucker, lose	15,00—19,00
Hafer, lose	13,00—15,00	Kakao, festarr.	100,00—12,00
Hafergrütze, lose	16,00—16,25	Kawa, leicht entölt	13,00—150,00
Ro. Weizenmehl 0/1	13,00—14,00	Tea Souchon	302,00—250,00
Weizenmehl	18,00—18,80	Tea, indischer	425,00—41,00
Martini	27,00—25,50	Inlandszucker basis met.	28,5—40,00
W. Weizenmehl	17,00—16,00	Inlandszucker Raffinade	41,00—43,00
Weizen-Austragmehl	17,00—18,00	Zucker Würfel	46,00—48,00
Weizen, Victoria	18,25—23,00	Kunsthonig	40,—45,00
Sojabohnen, Victoria	18,00—17,00	Zucker sirup hell in Elm.	40,00—
Bohnen, weiße, Perl	20,25—24,00	Speisesirup dunkl. in Elm.	33,00—35,00
Lanobohnen, handverles.	3,00—24,00	Marmelade Eintr. Erdb.	100,00—120,00
Linsen, kleine	26,00—23,00	Marmelade Vierfrucht	32,00—35,00
Linsen, mittel	36,50—40,00	Pflaumenmus in Einern	46,00—50,00
Linsen, große	4 15—45,00	Steinsalz, lose	3,7—4,00
Kartoffelmehl	16,0—18,00	Siedesalz, lose	4,00—5,20
Makkaroni	40,00—45,00	Bratenschmalz in Tierces	68,00—
Makkaronimehl	36,00—35,00	Bratenschmalz in Kübeln	70,00—
Schnittmehl, lose	21,00—25,00	Purelard in Tierces	67,00—
Bruchreis	15,5—17,50	Purelard in Kisten	68,00—69,00
Ran. von Reis	17,00—19,00	Speisetaig in Packung	48,00—52,00
Tafelreis, glanzl., Patna	7,00—21,00	Speisetaig in Kübeln	47,00—49,00
Tafelreis, Java	11,00—12,00	Margarine, Handelsm.	50,0—
Ris. Amf. amerik.	22,00—26,00	dess. II.	48,00—52,00
Getr. P. Samen 90/100	23,00—48,00	Margarine, Spezialm. I.	70,00—
Pflaumen, entsteint	52,00—53,00	dess. II.	60,00—65,00
Rosinen in Kisten, Candia	75,00—85,00	Molkerpulver	216,00—222,00
Sultaninen Carab. amp.	85,00—95,00	Landbutter	18,00—19,00
Korinthen, choice	60,00—90,00	Auslandbutter	216,00—222,00
Mandeln, süße Bari	145,00—160,00	Corned beef 12½ lbs p. K.	35,00—36,00
Mandeln, bittere Bari	130,00—130,00	Speck, p. alen, fett	60,00—64,00
Zimmt (Cassia)	110,00—120,00	Quarkkäse	49,00—50,00
Kümmel, h. händischer	14,00—17,00	Quarkkäse	35,00—50,00
Schwarzer Pfeffer eingap.	95,00—116,00	Tilsiter Käse, vollfett	115,00—13,00
Weißer Pfeffer	13,00—141,00	Tilsiter Käse, halbfett	50,00—60,00
Rohkaffee Brasil	17,00—200,00	Aust. ungerack. Condens-	
Rohkaffee Zentralamerika	20,00—200,00	milch 48/10	23,00—25,00
Rohkaffee Brasil	22,00—270,00	Inlandsche desgl. 48/12	19,00—0,00
Rohkaffee Zentralam.	215,00—400,00	inl. gez. Condensm 48/14	28,00—29,50

Heftige Umrechnungszahl 1000 Milliarden

über Wesen und Rolle des Geldes in der modernen warenproduzierenden Volkswirtschaft andeutend nachzuholen, um von hier aus als Ausgangspunkt das Netz von Konfusionen darzulegen, die sich hinter der Parole seines sog. Schwind- und Freigeldes verbergen.

Ein Weg, der allerdings erhöhte Anforderungen an die Aufmerksamkeit des Lesers stellt, aber den Vorzug hat, daß er nicht nur zu einem rein negativen Resultat, zur Einsicht in die Haltlosigkeit der Gesellschen Doktrinen führt, sondern auch Gelegenheit zur Entwicklung einiger positiver Ausblicke auf das Wesen und die Bedeutung des Geldes bietet.

Wir empfehlen unseren Genossen, das Büchlein zu lesen, es lohnt sich.

Einstellung der alten Billionennoten. Wie wir erfahren, werden in den nächsten Tagen neue Reichsbanknoten zu 10, 20 und 50 Billionen Mark in den Verkehr geworfen. Die jetzt zirkulierenden Noten von 5, 10 und 100 Billionen sollen durch diese neuen Noten ersetzt werden. Ihr Aufkauf wird unmittelbar nach der Ausgabe der neuen Scheine erfolgen.

Auch in Frankreich Eisenbahndefizit. Auf eine Anfrage des französischen Abgeordneten Delealle über den Güterverkehr und den Fortschritt der französischen Eisenbahnen in den Jahren 1921, 1922 und 1923 erließ der Minister der öffentlichen Arbeiten eine Antwort, aus der sich — mit dem Vorbehalt, daß es sich für 1923 um vorläufige Zahlen handelt, und daß die Angaben einige unbedeutende Lücken nicht berücksichtigen — folgendes entnehmen läßt:

Jahr	Güterverkehr Tonn.	Reisverkehr Millionen
1921	191 611 008	2088
1922	220 709 420	1114
1923	240 211 058	1288

Kampf um die Herabsetzung der Börsenumschlagsteuer. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Börsenverband Abteilung Wertpapierbörse, der Verein für die Interessen der Fondsbörse zu Berlin, die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigungen), die Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen, die Notarkammer, die Kartellgemeinschaft sowie die Gemeinschaft der Berliner Börsenmakler haben beschlossen, am Sonnabend, den 8. März d. J., mittags 12 Uhr, im Saal der Singakademie zu Berlin gemeinsam eine Kundgebung für den Abbau derjenigen Erhöhungen der Börsenumschlagsteuer zu veranstalten, welche lediglich im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse der Inflationswirtschaft im Betordnungswege eingeführt worden sind, heute jedoch der Berechtigung entbehren und sowohl das Funktionieren des Börsenorganismus als auch die Kapitalversorgung der Wirtschaft aufs schwerste beeinträchtigen.

Freie Einfuhr für Holz, Erze usw. Nach einer in der nächsten Nummer des „Reichsanzeigers“ zur Veröffentlichung gelangenden Verordnung wird mit Wirkung vom 7. März die Einfuhr verschiedener Waren ohne besondere Bewilligung gestattet; insbesondere sind zur Einfuhr freigegeben: Korkholz, Korkabfälle, Kork und Korkmehl, zugeführte Korkfelle, Rind- und Rohschafwolle, Schaf-, Ziegen-, Kaninchen- und Hasenwolle, sowie Eisen- und Manganerze und Erzwäcker.

Zahlliteratur. Der Industrieverlag Spacht u. Linde hat eine erste Einführung in die Verordnungen der Goldbilanz von Dr. Rosenborff herausgegeben. In Stilles Rechtsbibliothek ist von Dr. Goldbaum eine zusammenfassende Darstellung über Kartellrecht und Kartellgericht erschienen. Die Frankfurter Sozialistendruckerei veröffentlicht eine eingehende Darstellung der Steuern von 1924 auf Grund der zweiten Steuernotverordnung.

Güßstoff spart teuren! Zucker!

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Einsegnungs-Anzüge
von Gr. 24- bis 45-
Prüfungs-Anzüge
von Gr. 17-21

DER CONRAD TACK SCHUH sitzt wie angegossen. Das ist die Ansicht der Käufer über unsere neuen Schuhwaren, die nach Leisten auf anatomischer Grundlage (wie nach Maß) gebaut sind. Auf die Passform kommt es an, ob der Gang eines Menschen schön ist, oder seine Füße verkrüppeln. Da wir selbst fabrizieren und nur in unseren eigenen 114 Verkaufsstellen verkaufen, müssen wir ja auf der ganzen Linie besonders billig und leistungsfähig sein!

Beispiele:

- Damen braun R-Chevreaux - Halbschuh elegant **8 90**
- Damen - Spangenschuh R-Chevreaux, sportbillig **7 90**
- Damen-Halbschuh in echt Chevreaux, Original-Rahmenarbeit **14 50**
- Herrn R.-Chevreaux-Stiefel, gute Verarbeitung, sportbillig **9 30**
- Herrn echt Rindbox-Stiefel, prima Verarbeitung **11 90**
- Kräftige Schulfstiefel für Knaben und Mädchen, in den Grössen 27-40 von **5 20**

Lomcar **Tack** & Cie A.G. **Burg**
20 Verkaufsstellen in Groß-Berlin und Umgegend:

SW, Friedrichstr. 240 41 NW, Beusselstraße 29
W, Potsdamer Str. Be 50 NW, Tu. mstraße 41
W, Schillstraße 16 NW, Wilsnackerstr. 37
Potsdam, Brandenburg. Hauptstraße 18
StraBe 54

N, Danziger Straße 1 N, Müllerstraße 3 O, Frankfurter Allee 22 SO, Wrangelstraße 49 C, Rosenthaler Straße 14 Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 122/23
N, Friedrichstraße 130 O, Andreasstraße 50 SO, Oranienstraße 2a C, Spittelmarkt 15 Neukölln, Bergstraße 30/31

Unsere
ersten
Frühjahrs-
Angebote

7,75

37,50

19,75

Mod. Wickelmantel aus Donegalstoff 7,75

Eleganter Tuchmantel mit moderner Blendengarnierung 37,50

Fescher Backfischmantel o. gut Diagonelstoff, sand- u. fad-farbig 19,75

Reinwoll. Cheviotkleid mit der modernen bunten Stickerei 9,75

Vornehmes Gabardine-Kleid mit reicher Tressengarnitur 22,50

Apartes Kostüm aus Donegalstoff, jugendliche Form 24,50

Eleg. Modell-Mäntel, -Kostüme, -Kleider

24,50

9,75

22,50

Lindemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Bln. Schöneberg, Hauptstr. 149 — Landsberger Allee 29 — Moabit, Turmstr. Ecke Ottost. —

Unsere Bekleidungswoche

zu volkstümlichen Preisen stellt einen Rekord an Qualität, Sitz, Verarbeitung und Preis dar!

- BEGINN SONNABEND 1. MÄRZ**
- Bayr. Lodenanzug „Marke Bavaria“ feuchte Sportfasern mit Breches, aus best. bayr. Lodenstoff, solange Vorrat M. 41.—
 - Herren-Sakko-Anzug aus mod. gemust. Wollstoffen, Fasern 1924, mit Umschlagbesatz, ganz ausserord. billig M. 62.—
 - Herren-Gummi-Regenmantel allerbeste deutsche Gummierung, u. Salzbeseug, mod. weite Schlupferform M. 19.—
 - Winterlodenjoppen warm gefüttert, sweatrig, mit Muff- u. Seitentaschen M. 25.—
 - Herren-Sportbreeches aus gemustert. Stoffen M. 10.—
 - Manchesteranzug Qualitätsware, mit Sottin Breches M. 49.—
 - Fahr- u. Reisemäntel neues Modell, wind- u. wasserfest, aus starkem, mod. gemustert. erstklass. Stoffen, beste Verarbeitung, mit warm. Futter M. 85.—
 - Übergangsmäntel schwer u. halbschwer, mit und ohne Samtkragen, moderne Form, sweatrig M. 39.—
 - Kinder-Lodenmäntel mit Kapuze, aus gutem bayr. Loden, Gr. 3 M. 11.50
Jede weite Größe M. 1.— steigend.
 - Elegantes Damen-Sportkostüm Modell 1924, prima Donegal, auf beidenseits gefüttert . . . M. 29.—
 - Elegantes Damenkostüm für Straße u. Sport, prima Herrenstoffe, sorgfältigste Verarbeitung (Maßarbeit) M. 59.—
 - Fescher Damen-Übergangsmantel Modell 1924, sorgfältigste Verarbeitung M. 39.—
 - Eleganter Damenmantel wollige Flanellware M. 29.—

- ### Sport-, Berg- und Skistiefel
- Nur wirkliche Qualitätswaren!
Von Spezialfachleuten handgefertigt!
- Grosse Auswahl! / Ausserordentlich billig!
- Mollige Damen-Strickjacken lang. Form, in verschiedenen Modifarben M. 19.—
 - Damen-Sportjacke m. Schal u. Mütze gute Qualität, moderne Farben M. 28.—
 - Damen-Sportjacke neues Modell, u. Farben M. 29.—
 - Ein kl. Post. Modelljumper u. Blusen rein Wolle (Qualitätsware) M. 25.—
 - Damen-Lodenpelerinen mit Kapuze, aus bayr. Strichloden (best. Wetterschutz) M. 26.—
 - Herren - Einsatzhemden moderne Strickware M. 2.25
 - Herr-Trikothemden, Unterbeinkleid u. 1.95
 - Herren-Unterbeinkleid stark gestrickte Baumwolle M. 2.90
 - Damen-Unterjacken weisse Baumwolle, ohne Aermel M. 2.—
 - Trikotuntertaillen weisse Baumwolle, ohne Aermel M. 1.65
 - Damen-Beinkleid wollgemischt M. 3.25
 - Kamelhaarsocken M. 1.50
 - Damen-Strümpfe Seidenfaser, schwarz und farbig M. 0.90
 - Kinder-Strümpfe schwarz und braun, Baumwolle, Gr. 3 M. 0.85
Jede weitere Größe 10 Pf. steigend.
 - Ein kl. Post. weisse u. bunte Kopfkissen Normalgröße, gute Heimtextil, solange Vorrat vorhanden . . . M. 1.50

- Herren-Panamahemd mit Schillorkragen, einzelne Urmä., weil leicht angebracht 5.75
- Serviteur mit Kragen gestreift und stark Perkali sowohl Vorrat M. 0.95
- Damen-Taghemd mit vierreihigem Ausschnitt und guter Stickerei M. 4.25
- Damen-Taghemd mit Stickerei und Achselbänder aus gutem Wäschestoff M. 2.75
- Damen-Taghemden in verschied. Ausführungen mit halbar. Stickerei, teilw. etwas angeschm., ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis, H. 4.25, M. 3.25, M. 2.25
- Damen-Beinkleid mit Langotten, offene Form . . M. 1.95
- Damen-Beinkleid mit guter Stickerei, geschl. Form M. 2.50
- Damen-Beinkleid aus gutem Wäschestoff, mit Einsatz und Stickerei M. 3.50
- Herren- u. Damen-Sportwesten mit farbig. Rand M. 9.50
- Grüne Jagd- und Wanderhemden mit abknüpfbarem Kragen, beste Qualität M. 7.—
- Sportstutzen mit farbigem Rand, ohne Fuß M. 1.40
- Wickelgamaschen, Marke Landwirt M. 1.50
- Windjacken gut imprägniert, Zellulosestoff M. 17.—
- Wollfilz-Straßenhüte M. 3.50, 2.50
- Haarfilzhüte M. 5.—
- Stepphüte und Sportmützen M. 1.—

MASSERSATZ!

Sport- u. Straßenanzüge, eleg. Winter- u. Übergangsmäntel, Lederbekleidung
Wundervolle Modelle! Denkbar größte Auswahl!

Ein kleiner ausgewählter Posten
Damen-Modell-Sportkostüme
und Breeches wie auch Jacken u. Mäntel
zu unseren Verlustpreisen!

Eigene Schneidwerkstatt!

Wir wollen unseren Kundenkreis vergrößern, unseren guten Ruf über ganz Berlin verbreiten.
Wir bieten nur Qualitätsware!

Kauf ohne Sorge bei Korge

BERLIN, WILHELMSTR. 107 FERNSPRECHER: ZENTRUM NR. 935.

Käuferleichterung!
Angesehene Waren werden bis Ostern reserviert! (Mehrere Teilzahlungen erleichtern die Beschaffung erstklassiger Bekleidung.)

Ludendorff der „Beschobene“.

Ganz wie bei Kapp — er kann nichts dafür!

(Schluß des Berichts aus dem Hauptblatt.)

Ludendorff führt in seiner Verteidigungsrede fort: Inzwischen waren in der Reichsverfassung — im § 18 der Weimarer Verfassung — die Bestrebungen auf Zerstückung Preußens und Umgestaltung des Reiches verankert worden. Der § 18 läßt die Schaffung neuer Staaten innerhalb des Reiches zu. Die Bayerische Volkspartei zog im Herbst 1920 in den Bamberger Beschlüssen die Forderung, ob die Beschlüsse, wie behauptet wird, Herrn Dard (dem Vertreter Frankreichs in München, Red.) vorgelegen haben, möchte ich natürlich bezweifeln. Solche Gerüchte sind aber Symptome. Im Punkt 2 dieser Beschlüsse wird die beschleunigte Ermöglichung der Bildung von Einzelstaaten auf verfassungsmäßigem Wege gefordert — die Weimarer Verfassung hatte zwei Jahre für die Möglichkeit solcher Gebietsveränderungen vorgegeben, das dauerte der Bayerische Volkspartei zu lange. Ich glaube nicht, daß die Bayerische Volkspartei Loslösungsbestrebungen von Bayern im Auge hatte —

es handelte sich um die Zerstückung Preußens.

Die 6. Forderung verlangt für die einzelnen deutschen Staaten das Recht, in Angelegenheiten ihrer eigenen, durch die Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit mit anderen Staaten Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu bestellen.

Das war alles die gleiche Politik, wie sie im „Bayerischen Kurier“ im Herbst 1918 propagiert worden war. Diese Politik wurde indes auch in den Kreisen um Herrn v. Kahr vertreten. Immer wieder hörte ich das Wort von „starken Staaten in einem starken Reich“ unter Berufung auf Bismarck, statt von „gesunden“ Staaten in einem „starken Reich“.

Als ich im August 1920 hierherzog — nicht aus politischen, sondern allein aus privaten Gründen — kam ich auch in

Beziehungen zu Herrn v. Kahr.

Als im Herbst 1921 der Kampf Dr. Wittingers gegen Ehrlich begann, schien es erwünscht, in mir eine Hilfsgruppe gegen Ehrlich zu haben. Meine Beziehungen zu Herrn v. Kahr wurden enger, und ich konnte einen Einblick in sein Denken gewinnen. Auch hier der Gedanke des bundesweiten Anschlusses der deutsch-österreichischen Länder, ohne Niederösterreich mit Wien, während — nicht von Herrn v. Kahr, aber ganz öffentlich die „vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich“ erörtert wurde, als ob das etwas ganz Selbstverständliches sei.

Der Gedanke, Wien und Niederösterreich loszulassen ihrem Schicksal zu überlassen, erschien mir undeutsch. Ich meinte, ganz Österreich müsse sich ans Reich anschließen. Wollten dann einige Länder sich an Bayern anschließen, dann wäre dies lediglich Angelegenheit Bayerns und dieser Länder. Wien dürfte jedenfalls nicht in die schicksalhaften Einkreisen überlassen bleiben. Den Vertrauensabstich Dr. Wittingers und Graf Sobens in Mejer Gömbs, also bayerischer Kreise mit dem damals maßgebenden Ranne Ungarns, deutete ich nur an als Beweis für Bayerns Politik.

Den

Gedanken der vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich sehe ich als Hochverrat an.

Ich erinnere noch an die Vorgänge im Sommer 1922, den Ansturm gegen das Ministerium Lerchenfeld, der einen sehr starken Hintergrund hatte. Vielleicht wird Herr Sanitätsrat Dr. Wittinger darüber nähere Auskunft geben können. Sonst bin auch ich dazu bereit

Dazu traten immer wieder die separatistischen Bestrebungen unversöhnt auf, die von dem Gefandten Dard und seinen Anhängern unterstützt wurden. Scharf wurde diese Situation beleuchtet durch den Besprechungs-Prozess im Mai 1922 und vor allem durch den Landeserrat Fuchs-Rachaus-Kühles, letzterer ein Schwager Bothmers. Daß irgend etwas im Gange war, war mir zugetragen worden, doch in durchaus unklarer und unsicherer Form, so daß ich nichts damit anfangen konnte. Ich sah erst klar, als sich am 6. März der Reichsrat Kühles erschöpfte, der gefogt hatte, ein Franzose von hinten sei ihm lieber als ein Preuße von vorn. Für mich war es erschreckend, mit welchen Ehren dieser Landeserräter belagert wurde. Ich sagte zu meiner Frau damals fastotisch: Wenn ich hier einmal beerdigt werden sollte, so bekomme ich kein solches Begräbnis. Die Tatsache, daß ein katholischer Geistlicher, die sonst gegen jeden Selbstmörder ihr Herz verschließen, eine Ansprache bei der Beerdigung hielt, war für mich besonders charakteristisch.

Das und die ganze Behandlung des ungeheuerlichen Landeserrates in der öffentlichen Meinung — ich sprach mich damals Dr. Traub gegenüber darüber aus — ließ in mir die Gemütsheil entstehen, daß hinter dem Landeserrätern andere Kräfte standen. Ich habe auch nie geglaubt, daß der gerissenste französische Agent, der Oberleutnant Alibert, mit Fuchs und Rachaus als Privatleuten verhandelt hat.

In dem Angebot Richerts kam wieder der teilweise Anschluß Österreichs an Bayern und diesem durch Schaffung eines Europäischen Völkerbundes unter dem Protektorat Frankreichs, das an der Ruhr stand und nun Bayern mit einbeziehen wollte.

Bayern sollte Anstoß zum Einmarsch nach Mitteldeutschland gegeben werden, wo die Franzosen einen bolschewistischen Aufstand erregen wollten.

Man zeigte damit Bayern, wohin es sich vergräben könnte. Man dachte damals in Frankreich, daß die Berliner Regierung tatkräftigen Widerstand im Ruhrgebiet leisten würde. Sie sollte daran gehindert und die Macht des Reiches aus neue vernichtet werden. Die ganze Angelegenheit machte einen tiefen Eindruck auf mich. Die Verhandlungen hatten noch nicht begonnen, als ein anderer Fall meine Aufmerksamkeit in Anspruch nahm.

Es erschien Anfang Mai in der Presse folgende Äußerung eines bayerischen Ministerialrats:

Die Minister v. Kautling, Schweyer und Mall wären für einen Zusammenschluß Bayerns und Österreichs. Nur die Frage sei noch offen, ob ein bayerischer oder ein österreichischer Fürst den Thron bestiegen solle. Minister Schweyer habe bei seiner Platzreise darüber mit dem französischen General de Mich verhandelt und die Zustimmung der Franzosen erhalten. Die Pfalz und Nordbayern sollten, wenn der Plan verwirklicht werde, abgetrennt werden. Hinter diesem Plan ständen auch Kardinal Faulhaber und der Papst. Lieber das Verfall'n und die Gestattung der gesamten Minister seien selbst die Ministerialreferenten unghalten und damit durchaus nicht einverstanden.

Der „Bayerische Kurier“ plädierte für eine gerichtliche Klarstellung. Der „Völkische Beobachter“ sprach die Erwartung aus, daß dieser Weg nie beschritten werde; und so traf es auch ein. Die Sache schließt ein, wenigstens fand sie nicht die einzig mögliche gerichtliche Klarstellung.

Die Schaffung eines solchen machellosen Deutschland unter Zerstückung des protestantischen Preußens war zugleich der Ausfluß ultramontaner Politik, wie man sie seit der Reichs-

gründung 1871 verfolgen kann. Während des Weltkrieges trat sie klar in die Erscheinung und fand im Abg. Erzberger ihren Vertreter, an dessen Namen die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 zusammen mit dem Namen Graf Czernin, der Waffenstillstand,

Verfall'n und Weimar

für immer geknüpft ist. In dem Kampfe Deutschlands war der Vatikan nicht neutral, sondern deutschlandfeindlich. Frankreich wurde begünstigt und geehrt.

Es war für mich, der ich die Segnungen und die Zucht der katholischen Kirche hoch einschätze, schmerzlich, zu sehen, wie im vergangenen Sommer Seine Heiligkeit der Papst sich gegen die Sabotage im Kampf um Ruhr und Rhein wandte, wie Marshall Foch bei seiner Reise in den Vereinigten Staaten Nordamerikas einen Ehrenabschied der dortigen Jesuiten, wie Clemenceau ein Ehrendoktorat dort erhielt, gleichsam als hätten diese Feinde Deutschland im Dienste der Gesellschaft Jesu gearbeitet. Ich erinnere auch an die Einschlüsse, denen Kaiser Karl unterworfen war, und an keinen Verrat an Deutschland, an die Hebräen katholischer Geistlicher gegen Deutschland.

Ebenso schmerzlich waren für mich die deutsch-abtrügglichen (!) Zusprüche des Kardinals Faulhaber, der während des Fuchs-Rachaus-Prozesses in Amerika und dort die Verleumdung der „Lustonia“, die der feindliche Admiral Sims als zu Recht erfolgt bestätigte, als völkerrechtswidrig bezeichnete, auch über die Schuld an Kriegen nicht so sprach, wie es wohl die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes als Wahrheit ansieht.

Besonders auffallend war die steigende Inskultivierung der Juden durch den hohen Klerus, der sich später, besonders gegen den 8. November, immer deutlicher offenbarte. Ich sehe es auch nicht als Zufall an, daß am Rhein der Jude Louis Hagen und andere Juden die Rheinpolitik des Herrn Geheimrat Dr. Helm und des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer, des Vorsitzenden des katholischen Kreises in München und weiterer Zentrumskreise verteidigten; allerdings auch Kreise der Schwärmer und die Gott dafür strafen möge, und der Zentrumskreisleiter Marg machten sich zum Vollstrecker dieser Bestrebungen.

Beunruhigend für die Nachstellung des Reichs waren die Loslösungsbestrebungen in Hannover und die Umtriebe in Hessen und in der Rheinprovinz. Wirtschaftliche Maßnahmen sollten das Band Wien-München-Köln festigen. Die Zusammenarbeit mit bayerischen Kreisen habe ich skizziert. Nun scheinen mir

vor der Bildung des Rheinbundes

zu stehen, den Dr. Helm in 1918 schaffen wollte. Damals habe ich das gefürchtet. Der Verfassungsentwurf des bayerischen Gesamtministeriums zeigt, wohin die Reise gehen soll. Das Wort Bismarcks scheint sich mir zu bewahren: „Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestags sitzen könnten.“ Wenn nicht eine noch weitergehende Forderung, die vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich“ in irgendeiner Form oder die Separation angestrebt wurde.

Schwer zu vereinen für mich war die von mir vermutete, jetzt klar erkannte Verbindung des Herrn v. Kahr mit Herrn Justizrat Clah, dem Führer des Alldeutschen Verbandes, der mächtigsten politischen Organisation Deutschlands, die ihre Mitglieder in vielen leitenden Stellen hat. Aus den Veröffentlichungen der alldeutschen Presse am 21. Oktober geht klar hervor, daß Clah geneigt war, den

Wünschen v. Kahrs auf Lockerung des Verhältnisses Bayerns zum Reich

weitgehend zu entsprechen.

Über andererseits will Clah den deutschen Einheitsstaat schaffen, unter Auflösung des Staates. So hat er mir gesagt: „vom Volk zur Nation“, wie es in der Programmfundgebung Dr. v. Kahrs am 8. November 1923 hieß.

Ich konnte in dieser Idee auch nicht das Glück des Volkes sehen, denn das Volk lehnte solche Lösung ab. Bemerkenswert war mir, daß mir kürzlich ein ähnlicher Gedanke von einem Mitglied der bayerischen Volkspartei ausgesprochen wurde. Es kam hierzu, daß dieser Gedanke verbunden war mit anderen Absichten und Bestrebungen, die ich für den Frieden Deutschlands als verderblich ansehen mußte. Doch das ist erst nachträglich für mich in Erscheinung getreten. So machte mich vieles im höchsten Maße besorgt.

Es ist die dauernde Verflügung Deutschlands an Frankreich und soll vermieden werden durch die Vernichtung Preußens!

Es ist der Kampf gegen einen Bundesstaat von gemischten bayerischen Kreisen!

Ich sah und sehe hierin eine Gefahr für das Deutsche Reich und das Volk. Ich bin nicht Großpreuße, ich bin Deutscher, der ein starkes Deutschland auf Bismarckscher Grundlage haben will. Ich glaube,

die Ereignisse am 8. und 9. November haben vielen die Augen geöffnet.

nicht minder die Denkschrift des bayerischen Gesamtministeriums über die Verfassung, die jetzt zusammen mit den Bestrebungen im Rheinland und in Hannover und Hessen-Darmstadt das Ziel unversöhnt zeigt. Selbstverständlich beschäftigte und beehrte mich der Niedergang Deutschlands durch unsere unglückselige Politik, der Schwäche nach innen und außen, die unser Volk verderben und sterben ließ.

Ich hatte die Ansicht gewonnen, daß das Volk widerstandsfähig gegen die internationalen Einflüsse gemacht, daß ihm etwas neues gegeben werden müsse, was seinem Leben Inhalt werden könnte, was es aber nicht verweigerte, sondern wehrhaft erhielt. Das erkannte ich in der völkischen Freiheitsbewegung. Sie war mit ein tief inneres Herzensbedürfnis und eine Beweissache geworden. Sie schuf Deutsche, die alles Un-deutsche — woher es auch kommen möge — ablehnen, sie wollten ein hartes wehrhaftes Deutschland. Der „perverse“ preussische Militarismus war für sie kein Schreckgespenst.

Ich lernte in Herrn Hitler einen selbstlosen Mann kennen, dessen Wachen ich beobachten konnte; er verstand es, der völkischen Bewegung den Inhalt zu geben, daß das Volk es inständig begriff: hier ist etwas fittlich Neues.

Diese Bewegung war politisch großdeutsch, sah beide Konfessionen als vollständig gleichberechtigt an, lehnte aber eine politische Beistimmung der Kirchen ab. Sie war scharf national und wehrhaft, zudem rassistisch eingestellt, daher jüdenfeindlich. Sie wurde von der Bayerischen Volkspartei als Gegner angesehen. Beider gesellten sich aber auch noch andere aus persönlichen Gründen als Gegner hinzu. Ich nenne hier vor allem die monarchische Frage. Ich bin Monarchist aus innerster Ueberzeugung, auch wenn ein Zweifel gezogen wird. Ich vergesse den Eid nicht, den ich meinem König und Kaiser geschworen habe, halte aber die Frage zurzeit nicht für lösbar und habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Dynastien nicht Selbstzweck,

sondern für das Volk da sind. Ist das Volk da, so wird es auch diese Frage lösen (?). Eine zu frühzeitige Lösung der Frage, besonders eine einseitige Lösung in einem einzelnen Bundesstaat, hätte ich für ein weiteres Unglück.

Militärisch war der Kampfbund ein lockeres Gebinde. Ich stand dem Kampfbund und der völkischen Bewegung nahe, ich habe nie von ihnen etwas beantragt. Und sie betrachteten mich als Führer nicht auf Grund irgendwelcher Abmachungen, sondern wohl wegen meiner Hingabe an die Sache.

Selbstverständlich begann damit wieder eine wilde Hetze gegen mich. Die jüdische und Zentrumspresse war stets gegen mich gewesen. Jetzt tat sich die Bayerische Volkspartei besonders hervor, namentlich nach meiner Reise nach Oesterreich im Februar 1923. Ein Zeichen für mich, daß ich ihre politischen Ziele störe; daß mir das gelungen ist, ist aus hohem Munde bestätigt worden.

Daß sich auch die denkschriftliche Presse gegen mich wandte, nahm mich bei den Beziehungen Erzkes zu v. Hergolds zum Alldeutschen Verband und General v. Seckl nicht wunder. Ich hoffe, daß da der Prozeß uns noch verschiedenes aufklären wird.

Als der Generalkommissariat am 27. September 1923 geschaffen war, bestand für mich kein Zweifel, daß damit der erste Schritt einer — und zwar gewalttätigen — Lösung der deutschen Frage geschehen war. Für mich stand fest, daß Dr. v. Kahr im Besitz der staatlichen Gewalt Bayerns war, daß ihm die staatlichen Machtmittel Bayerns zur Verfügung standen, ja sogar darüber hinaus: Machtmittel des Reichs in Gestalt der 7 (bayerischen) Divisionen.

Wenn ich die Namen Kahr, Löffow und Eicher nenne, so sind das nicht die Namen von Privatpersonen, sondern die Träger der Staats- und Polizeigewalt in Bayern und der Teile der Reichswehr, die sich dieser bayerischen Staatsgewalt bereits zur Verfügung gestellt hatten.

In diesem Verhältnis lag

ein doppelter Verfassungsbruch, begangen einmal durch den bayerischen Staat und dann von General v. Löffow, aber auch von den Offizieren, die ihm folgten,

wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß beim Hochverrat Geborgen aufhöret. Hochverrat war begangen, er drängte zu einer Tat. Sonst war dieser Hochverrat eine Väterlichkeit vor der Welt, der er ja auch heute verfallen ist.

Das Zusammenarbeiten Bayerns mit Ehrhardt, dem militärischen Organisator des Herrn Clah, zeigte auch, wohin die politische Reise gehen könnte. Auch das offizielle Eintreten Er. Hohenzollerns des Kronprinzen Rupprecht durch seinen Befehl an die Offiziere der alten bayerischen Armee am 27. September bestätigte mir das.

Besonderen Eindruck machte auf mich die

Einrichtung einer wehrtechnischen Abteilung unter Führung des Generalkommissariats. Das war der bayerische Generalstab Klages, wehrtechnisch auch im wahren Sinn des Wortes.

Ich zweifle auch nicht, daß die Lösung der deutschen Frage vollkommen in deutsch-abtrügglichem (!) Sinn erfolgen sollte.

Unter dem Druck des Konflikts um General Löffow schlugen dann die bayerischen offiziellen Machtsellen einen etwas freudlicheren Ton an. Der Konflikt zeltigte am 20. Oktober den Entschluß, die bayerische Reichswehr vom bayerischen Staat als dem Treuhänder des Reiches in die Pflicht zu nehmen. Ich sah darin ein weiteres Abgleiten auf der abschüssigen Bahn zur Lockerung des Reiches. Denn die kleine Reichswehr mußte unter einheitlichem Befehl bleiben. Ich war tief niedergeschlagen, als ich am 20. früh die Nachricht bekam. Daher war ich in der größten Spannung als ich die Nachricht bekam: General

v. Löffow habe nochmals bei mir zu Hause angerufen: Er lasse mich dringend bitten, ihn auf dem Wehrkreiskommando zu besuchen.

General v. Löffow schickte mir dann, wie alles gekommen sei, wie er lieber wie ein Bauerblümchen im verborgenen bleiben möchte; aber das Generalkommissariat und die bayerischen Minister wollten ihn halten. Ich erwähnte seine Sorgen über die Haltung Bayerns. Er erwiderte mir, daß meine Sorgen unnötig wären, die Reichswehr sei deutsch und nur für rein deutsche Belange zu haben; sie stehe geschlossen hinter ihm; die Inpflichtnahme werde sich auch reibungslos vollziehen. Er wolle eine Einwirkung vor innerdeutschen Verhältnisse in großdeutschem, völkischem Sinn und rede dabei auf Hitler und seine Mitarbeit. Ich hatte den Eindruck, als ob Löffow bei mir in gemissem Sinne eine Art Deutung suchte. Ich sagte ihm auf dieser Basis meine lokale Mitarbeit zu, die ich darin erblickte, daß ich überall laut ausprähe: „Löffow will etwas Schwarze-Weiß-Mates machen.“ Damit war die Neutralität, die er Legation hatte, gekostet durch eine deutsche Tat.

Ein Zweifel, daß Herr v. Kahr und Herr v. Löffow nunmehr die innerdeutschen Verhältnisse entscheidend beeinflussen wollten, ist mir nicht gekommen.

Wenn ich von einer solchen politischen Lösung sprache, so dachte ich nicht an „Ströme von Blut“, sondern an einen

Druck der Machtmittel des bayerischen Staates, verstärkt durch die vaterländischen Verbände auf die Reichsregierung,

und zwar ausgeübt von der bayerischen Staatsgewalt. Je größer deshalb die propagandistische Borsarbeit sowohl in Bayern als auch namentlich in Norddeutschland war, desto eher mußte der Druck wirkungsvoll auf Berlin werden. Diese Propagandearbeit mußte, und das habe ich auch General v. Löffow gesagt, sofort durch Hitler in Angriff genommen werden. Meiner Niedererschlagtheit am Morgen war Veruhigung gefolgt.

Mit besonderer Eindringlichkeit nahm ich in den folgenden Tagen Kenntnis von den Fanksprüchen und Erklärungen der Regierung in München und Berlin und der Generale v. Seckl und v. Löffow, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließen. Sie errieten an Nolenamstausch und Depeschenwechsel zweier feindlicher Mächte vor Kriegsbeginn.

Zwei Perioden müssen unterschieden werden vor der Inpflichtnahme der Reichswehr und nach der Inpflichtnahme. Vorher war ich so gut wie gar nicht unterrichtet, nachher erhielt ich eine gewisse Orientierung von Löffow, aber von niemandem anders. Für Löffow war es die Hauptsache, wie sich die Reichswehr in Norddeutschland, vor allem General v. Seckl, verhalten würde. Wenn übrigens hier erklärt worden ist, mein Name allein würde verhindern, daß die norddeutsche Reichswehr auf uns schreie, dann halte ich das für eine Täuschung. Ich sehe aber aus dem Standpunkt, daß, wenn die gesamte bayerische Staatsgewalt und mein Name, der doch noch immer wenigstens etwas wirkt, ihren Druck ausübten, in Zukunft dann unser Ziel erreicht werden würde und daß man uns keinen Widerstand entgegenstellen würde. Löffow war skeptischer, er meinte,

Seckl müsse gewonnen werden.

Ich erklärte, das einzig Mögliche sei, durch eine Tat in München Seckl zum Entschluß zu bringen. Löffow glaubte das aber nicht

und wollte deshalb in Verbindung mit General v. Behrendt treten. Ob er das getan hat, weiß ich nicht. Ich forderte vor allen Dingen die Propaganda. Ich habe im Kriege gesehen, was Propaganda bedeutet. Wir sind an der feindlichen Propaganda zugrundegegangen.

Das Marxismus kann nicht allein mit dem Gewehr eingeschlagen werden.

man muß dem Volke auch eine neue Idee geben. Aber auf diesem Gebiet mangelt es. Ich komme nun zu dem Besuch der Infanterieschüler bei mir. In Wirklichkeit handelte es sich nur um den Besuch von vier Stammoffizieren und zwei Infanterieschülern. Er wurde durch Hoffbach vermittelt. Ich konnte

Koffbach, der in München die Erlaubnis zum Aufenthalt erhalten hatte,

schon seit längerer Zeit. Sein Zug nach dem Baltikum war eine mutige, furchige Tat. Gegen den Befehl von Roste und Gott weiß wem alles ist er marschiert. Das war furchig und deshalb gefiel er mir. Und so kam er denn auch eines schönen Tages zu mir. Er fragte mich, ob die Infanterieschüler zu mir kommen dürften. Sie wollten meine Ansicht über die politische Bewegung hören. Ich ließ sie dann am Abend, weil es dunkel war, durch meinen Sohn, Oberleutnant Bernot, vom Bahnhof abholen, und so ist dieser mit in die Angelegenheit hineingekommen. In der Anlage heißt es, daß ich bei dieser Unterredung von der blaumeißnen Gefahr gesprochen habe. Dieser Ausdruck liegt mir absolet nicht. Dazu schäme ich die blaumeißne Fahne viel zu hoch ein. Dann soll ich mich auch über die monarchische Frage ausgesprochen haben. Wenigstens aber nur dahin, daß die frühzeitige Herstellung der Monarchie in Bayern eine Gefahr für Deutschland bedeuten würde.

Daß die Monarchie kommt, ist mir klar, wenn auch manche meiner politischen Freunde darüber anders denken. Ich lehne ausdrücklich ab, daß ich irgendwie von einer gewaltsamen Erhebung der politischen Bewegung oder dergleichen gesprochen habe. In Berlin war damals die Buchdruckerbewegung. Vielleicht habe ich gesagt, es sei eine Gelegenheit am besten beim Schopf zu nehmen. Ich habe dann weiter davon gesprochen, daß zur Wehrpflicht auch die Wehrpflicht kommen muß und daß, so lange die alte Armee gesund war, auch das Volk so war. Die alte Armee war vaterlandsliebend, monarchistisch und nationalstolz. Insofern war sie also auch politisch eingestellt. Auch unsere Reichswehr muß wieder ein Ziel bekommen. Das ist mein Bestreben, und das wird mir auch gelingen. Die Reichswehr wird politisch sein, wenn das Volk politisch ist.

Über die politischen Verhandlungen und Bindungen Kahr's mit Herren aus Norddeutschland war ich nicht unterrichtet. Ich habe alle Herren, die mich besuchten und mit mir sprechen wollten, an General v. Lossow oder an Herrn v. Kahr gewiesen. Meine Herren, ich bin der mächtigste Mann in ganz Deutschland. Die Leute, die da lazen, daß ich jeden Tag einen Ausschlag machen will, machen sich damit Kaperläse. Soll ich mich vielleicht in Ludwigshöhe hinbegeben und Herrchen schreien?

Am 25. Oktober war Generaldirektor Minour — keine Trennung von Einnahme war schon vollzogen — in München, um, von General v. Seidt geholt, zu Besprechungen über eine Regierungsabteilung nach Berlin zu fahren. Ich beauftrage, wenn ich davon sprechen muß, aber nicht ich, sondern General v. Lossow hat diesen Herrn hinzugesprochen. Ich schäme Herrn Minour als einen sozial denkenden Wirtschaftler von tollerem Takt. Unterhaltungen mit ihm waren für mich immer sehr lehrreich.

Als ich von seiner Anwesenheit hier hörte, richtete ich es so ein, daß General v. Lossow und v. Seider mit ihm zu mir hinausführten. Herr Minour hatte u. a., er würde in ein Kabinett treten, in dem General v. Seidt Reichskanzler sei. Seine Ansichten über den Aufbau der Wirtschaft erschienen mir indessen einseitig wirtschaftlich und zu wenig die Fische des Volkes zu berücksichtigen, so daß ich mich gegen sie wandte. In seinem Bericht nennt mich Lossow an diesem Abend besonders einseitig „politisch“.

Dann waren in jenen Tagen auch Herr Oberstleutnant Duißberg (Halle) und Graf Hellendorff bei mir. Oberstleutnant Duißberg teilte mir mit, Lossow habe mit ihm

über „Angora-Regierung“

gesprochen. Mit General v. Lossow verstehe ich auch unter „Angora-Regierung“ in Bayern eine Regierung, die von Bayern aus zunächst die innere Sicherung Deutschlands erzwingen will. General v. Lossow kommt dann zu folgendem Ergebnis: Es müssen Führer außerhalb Bayerns an der (Regierungs-) Bildung beteiligt sein, mit denen die führenden Köpfe der „Angora-Regierung“ in Bayern abzusprechen und mit denen sie gemeinsam handeln können. Hieraus geht doch klar hervor, daß es sich um eine „Angora-Regierung in Bayern“ und nicht um ein „Reichsministerium“ in Berlin handelte.

Gerade dieser Ausflug hat mich in dem Gedanken bestärkt, es handle sich um die

Gedankengänge der Vertreter der bayerischen Staatsgewalt: Reichsministerium oder Diktatur, die von Bayern aus nach Norden vorzuziehen sei.

Am 8. November fuhr Oberst v. Seider nach Berlin. Das Ergebnis dieser Reise ist eine entscheidende Änderung in der Anschauung der drei Herren. Ich erfuhr davon nichts und blieb in den bisherigen Gedankengängen. Tatsächlich hat er mit Seidt und anderen Herren verhandelt. Ich bin überzeugt, daß die Reise der Grund für die Einberufung der Versammlung am 8. November war.

Nun besuchte München, als Abgesandter des Reichskanzlers Siesemann, Admiral Scheer, um sich zu überzeugen, ob die Rüstungen bei Koburg

auf Wahrheit beruhen und wie die Absichten in München seien. Ich war damals über den Stand dieser Rüstungen nicht unterrichtet und konnte Admiral Scheer nur sagen, was ich wußte. General v. Lossow aber wußte mehr und hat es ihm auch nicht geliegt.

Ich machte Scheer kein Hehl daraus, daß ich für einen Druck in Richtung Berlin sei; Kahr und Lossow schienen aber scheinbar ab, schon am 8. November Major Bogts nach Berlin fuhr, um, wie er selbst sagt, Persönlichkeiten aus Berlin zu holen, deren Mitwirkung Kahr für erforderlich gehalten hatte, um — wie Major Bogts in seiner Aussage erklärt — „in die Geschäfte Deutschlands einzugreifen“ und „zu handeln“. Scheer ist jedenfalls nicht richtig von den drei Herren bedient worden. Wenn ich ihm gegenüber nur von der Reichswehr gesprochen habe, so meinte ich damit die bayerische Staatsgewalt; darum sandte ich ihn auch zu Kahr.

Am 6. nachmittags kam Major Bogts zu mir und machte mir die oben erwähnten Angaben. Ich sagte ihm, ich glaube an seinen

Einfluß der drei Herren. Major Bogts blieb dabei und kündigte mir den Besuch Lossows auf den nächsten Vormittag an. Er selbst werde nach Berlin fahren und Herren suchen.

Lossow kam und erzählte mir, daß nunmehr der endgültige Entschluß zum Handeln in Richtung Berlin bestehe, es fehlten nur noch Herren aus dem Norden. Lossow machte das endliche Eintreffen aus dem Norden so dringend, daß ich Herrn v. Scheubner-Richter zu mir bat, um ihn zu beauftragen, einen Herrn nach Berlin zu schicken, der u. a.

bei Herrn v. Grafse vortreten sollte, er möchte doch bald zu Besprechungen mit Herrn v. Kahr nach München kommen. So ist Herr v. Grafse hierhergekommen.

Im allgemeinen zweifelte ich, daß Herren mit Ausnahme des Herrn v. Grafse kommen würden. Es erschien mir aber doch bedeutungsvoll, nunmehr auch von Herrn v. Kahr bestätigt zu hören, was Lossow mir gesagt hatte, weil nicht General v. Lossow, sondern der Herr Generalstaatskommissar den bayerischen Staat repräsentierte. Ueber seine Anschauung wollte ich mich vergewissern. Gleichzeitig wollte ich auch eine Besprechung mit Kahr vermitteln, wozu die Anregung von Scheubner-Richter ausging. Ich schlug den Abend vor, da ich den nächsten Tag voraussichtlich voll beschäftigt war und zum Tee Gäste hatte. Ich wurde auf Donnerstag 4 Uhr nachmittags bestellt. Die Besprechung Kahr-Hiller kam nicht zustande.

Am nächsten Vormittag hatte ich eine Bernehmung im Justizpalast, die dauerte, ohne beendet zu werden, bis in die Mittagsstunde hinein. Ich mußte schließen, weil ich um 4 Uhr die Besprechung mit Herrn v. Kahr hatte und vorher noch zum Mittagessen nach Hause wollte. Bei der Festlegung des nächsten Termins

glaubte ich aus einer Äußerung des Justizrats v. Jeschowitz entnehmen zu müssen, daß von einer Seite für einen bestimmten Tag eine politische Aktion geplant

sei. Ich sprach beim Fortgehen mit Justizrat v. Jeschowitz und er teilte mir aber mit, daß das eine falsche Annahme sei. Ich stellte ausdrücklich fest, daß das die erste Mitteilung war, die ich davon erhielt, daß — wie aus dem Gang der Verhandlungen sich ergeben wird — die Herren tatsächlich

in der Zeit vom 2. bis 15. November eine Unternehmung zusammen mit Herren aus dem Norden beginnen wollten, woran ich heute nicht mehr zweifle.

Gegen drei Uhr besuchte mich Graf Hellendorff; er fuhr mit mir in dem von General v. Lossow bestellten Kraftwagen in die Stadt.

Ueber die Unterbestellung mit den drei Herren ist nicht viel zu sagen. Auch hier war Herr

v. Kahr ungehalten, daß immer noch keine Herren aus dem Norden kamen.

Dabei mußte er wohl schon, daß Herr Tisch und Herr Bang am Freitag oder Sonnabend früh kommen würden. Ich erwähnte noch kurz den Argwohn, der durch die Äußerung des Herrn v. Jeschowitz am Morgen in mir aufgestiegen und keineswegs zur Ruhe gekommen war. Die Herren gingen in keiner Weise darauf ein. Die Verlesung am Abend wurde in keiner Weise erwähnt. Ich war durch die Unterbestellung so klar wie vorher und fand nur die Worte des Generals v. Lossow bestätigt, indem

auch Kahr die Absicht hatte, zu handeln, sobald die Herren aus dem Norden da seien.

Gegen 8.30 Uhr abends wurde ich angerufen. Im Bürgerbräukeller sei meine Anwesenheit dringend erwünscht; ich würde gebeten, hinzukommen und würde sofort in einem Kraftwagen abgeholt werden. Auf meine Fragen, was eigentlich los sei, erhielt ich die Antwort: „Das würde mir mitgeteilt werden.“

Im Bürgerbräukeller begrüßte mich Hiller und bat mich, das Amt eines Befehlshabers einer zu bildenden nationalen Armee zu übernehmen, indem er mir die Sachlage kurz wie Scheubner-Richter schilderte. Die Frage war für mich: Wie stellt sich die bayerische Staatsgewalt dazu, verleiht sie den drei Herren? Wie die drei Herren dachten, mußte ich nicht. Ich sah in dem Vorgetragenen höchstens ein Vorproben in der von ihnen selbst gewiesenen Richtung und zweifelte nicht daran, daß die Herren innerlich mit ihrem Entschluß fertig waren.

Als ich in das Nebenzimmer trat, sah ich keine Wollen. Ich trat auf Lossow zu und sagte unzufrieden, der Seide sei ins Rollen gekommen, die Sache müsse nun weitergeführt werden. Ich dachte vor allen Dingen daran, welche Gefahren entstehen würden, wenn der jetzt eingeschlagene Weg nicht weiter beschritten würde. Sonst bekamen wir nämlich niemals das föderalistische Deutschland, das jetzt überall angepöbelt wird.

In meiner Anwesenheit ist kein Zwang auf die Herren ausgeübt worden. Lossow laute zu mir mit einem Handschlag dem Sinne nach: „Ja, Erzengel, die Sache ist im Fluß, sie ruht weitergehen.“ Und ebenso Seider. Mit gefalteten Händen sprachen dann Hiller und die anderen Herren aus Kahr ein. Die Herren haben sich als freie Männer entschlossen. Ich habe gedacht, es mit deutschen Männern zu tun gehabt zu haben, die ihr deutsches Wort und ihren deutschen Handschlag geben. Hätten die Herren Nein gesagt, dann hätte ich ihnen antwortet: „Gut, dann eben nicht.“ Meine Herren, das ist keine nachträgliche Weisheit von mir, ich sage es nicht, weil ich jetzt vor Ihnen stehe, sondern das ist mein fester Wille gewesen.

Die Infanterieschule wurde mir zu meiner Überzeugung gemeldet. Ich frönte Kahrbach was General von Tschischew denn gesagt habe. Seine Antwort ging dahin, er habe erklärt, sein Eid verbiete es ihm mitzumachen. Da aber die Bewegung in Fluß gekommen sei, wollte er nicht daagen sein. Hoffbach erklärte ferner, als ich mit ihm zu den Infanterieschülern ging, er melde sich bei mir, weil Lossow nicht anwesend sei, er glaube, er sei an der Infanterieschule vorbeigefahren. Ich schritt die Gruppenkommande der Infanterieschule mit einem „Heil Deutschland“ ab, gab Hoffbach die Hand und sagte ihm, Lossow werde ihm Weisungen geben.

Ich fuhr dann über die Polizeidirektion ins Wehrkreis-Kommando mit Oberstleutnant Kriebel und Dr. Weber. Beide Herren gingen in das Gebäude, ich blieb zurück, da ich dort nichts zu tun hatte.

Meine Bestrebungen gingen nach zwei Richtungen: Mit Seider und Lossow wieder telefonische Verbindung zu bekommen. Es hatte sich in mir der Gedanke gefestigt, daß sie bei ihren Unternehmungen Schwierigkeiten bekommen hätten. Ich entsinne mich der Einzelheiten nicht genau. Ich bekam endlich Verbindung mit Oberst v. Seider im Generalstaatskommissariat. Verluste, Verbindung mit Erzengel v. Kahr zu bekommen, waren sehr schwierig. Ich laute Seider, ich hätte von Unstimmigkeiten bei I. 19 mit Offizieren gehört. Woher das Gerücht kam, weiß ich nicht mehr. Ich frönte Seider, ob er etwas wisse. Er antwortete: „Nein, aber er werde sich erkundigen.“ Er stellte mir auch seinen Besuch im

Wehrkreis-Kommando in baldige Aussicht. Ich sandte dann noch zwei Boten ab: Einen, wohl Leutnant Kainer, der mir das gleich mitteilte: Oberst v. Seider werde gleich kommen; der andere mit einer schriftlichen Bitte wurde von Seider nicht empfangen.

Zeitlich kann ich es nicht mehr auseinanderhalten. Jedenfalls gewonnen wir den Eindruck, daß Kahr und Seider unsterk in ihren Entschlüssen seien.

Unsicher waren wir geworden durch eine Mitteilung des Zeugen Reumann, der keine günstigen Eindrücke im Staatskommissariat erhalten hatte. Wir waren aber dann wieder beruhigt, als Fried aus dem Polizeipräsidium mitteilte, die Zusammenkunft zwischen Böchner, ihm und Erzengel v. Kahr sei harmonisch gut verlaufen.

Kahr habe den Junkspruch hinausgegeben: Eine neue Regierung sei gebildet, er habe die Staatshalterschaft selbst in Händen.

Es wechselten die Eindrücke. Die Ansicht herrschte vor, daß die beiden Herren im Sinne der Abmachungen des Bürgerbräukellers nur Schwierigkeiten hätten sich durchzusetzen.

Ueber Verbleib und Aufenthalt des Generals v. Lossow waren wir lange Zeit nicht unterrichtet. Wir gaben aber die Hoffnung nicht auf, daß General v. Lossow die ihn bedrohenden Widerstände überwinden werde, wenn einschichtige Offiziere ihn aus freien Stücken unterwürfen würden.

Herr Hiller hatte die Absicht, durch Propaganda in der Stadt zu wirken und dadurch auch auf die drei Herren Eindruck zu gewinnen. Die Nachrichten aus der Stadt lauteten günstig. Von dem Umfall der drei Herren war nichts zu bemerken; z. B. war die blaue Polizei gegenüber den Straßenrednern der Nationalsozialisten durchaus entgegenkommend. Das Bemerkenswerteste war in den ersten Vormittagsstunden der Besuch des Majors Hofmeier und des Hauptmanns von Kraucher vom Wehrkreis-Kommando im Bürgerbräukeller. Major Hofmeier erklärte, er kenne die Haltung Lossows nicht und wolle vermitteln. Ich nahm das dankbar an, sagte wohl, ich hätte über die Haltung der Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seider noch immer keine Klarheit gewonnen und bat, sie hereinzuführen. Die Herren wurden, wie Kameraden, zuvorkommend behandelt und erhielten zur Beschleunigung jener Klärung der Lage einen Personenkraftwagen zur Verfügung gestellt.

Es war der 3. Versuch, die ersehnte Klarheit zu bekommen. Nun drängte sich mir immer mehr die Überzeugung auf, daß die nationale Erhebung sowie sie im Zusammengehen mit der bayerischen Staatsgewalt gedacht war, gescheitert sein könnte. Ohne die bayerische Staatsgewalt, allein auf die Kreise des „Kampfbundes“ gestützt, war die Erhebung für nicht denkbar gehalten. Ich sah die Gefahren für das Vaterland wieder ihr Haupt erheben, die ich vor dem 21. Oktober so hoch eingeschätzt hatte. Es kam für mich jetzt darauf an, die politische Bewegung zu retten.

Bis gegen 11 und 11 1/2 Uhr lauteten die Nachrichten aus der Stadt dahingehend, daß die Propaganda überall freudig begrüßt werde. Irrendem Maueranschlag der drei Herren war uns nicht gemeldet. Ich hörte nur von einem Anschlag des Ministers Ratt. Die Lage war noch immer nicht geklärt. Gegen 11 Uhr 30 Min. schoben sich Bundespostkrieger an die Brücken heran, an denen unsere Postierungen standen. Die Lage forderte einen Entschluß. Den Rückzug auf Rosenheim verwarf ich. Er konnte zum Bürgerkrieg führen, aber nur zu leicht in dem Straßenschmutz enden.

Deshalb war ich vorne . . .

Ich hielt jedenfalls einen Aufmärsch durch die Stadt vom Bürgerbräukeller über den Marienplatz zum Bürgerbräukeller für das Würdige. Die Aufnahme, die der Zug fand, bei dem die Grundfrage zu weiteren Entschlüssen, auch zum Verhandeln mit Herrn v. Kahr. Es war für mich selbstverständlich, mich als Führer der politischen Bewegung an die Spitze des Zuges zu stellen. Jeder Kampf und jede Gewaltthat wurden unterjocht. Die Bewehre wurden entladen. Eine beträchtliche Zahl hatte übrigens keine Schlagbolzen. Ein Zusammenstoß war nicht vor-auszusehen, deshalb war ich vorne. So trat der Zug an. Der Posten an der Ludwigbrücke lud, mochte aber auf Zuruf die Straße frei. Ist der Posten später entwaffnet worden, so ist das durchaus gegen die Absicht der Führung geschehen. Ich habe es nicht gesehen. Der Schuß, der dort gefallen ist, wird sich aufklären. Das folgende spielte sich folgendermaßen:

An der Feldherrnhalle erschienen plötzlich Bundespolizisten. Andere schwenkten vom Fuhpunkt der Feldherrnhalle herlaufend, gegen den Zug ein. Die zurückweichende Postenkette stand. Gleichzeitig kre halblinks vorwärts von mir Feuer ein, ohne daß irgend-eine Warnung erfolgt wäre.

Ich sehe noch das Feuer aus den Mündungen. Die Mornschäft schlug nicht an, sondern knallte los, den Kolben an der Hüfte!

Das ganze war ein Nordüberfall.

Um mich sehen zu können und warfen sich hin. Ich ging weiter gerade aus. Mir folgte Major Sired. Wir kamen an dem Panzerwagen vorbei und bogen dann zur Briener Straße ab. Hier wurde ich von einem Mitglied der Landespolizei nach dem Namen gefragt und angehalten. Das Feuer knallte noch-mals kurz auf. Es wurde auch die Theatiner Straße hinunter-geschossen.

Der Eindruck war militärisch und menschlich schmerzhaft.

Ich wurde dann auf die Residenzwache geführt. Die Toten und Verwundeten schwebten in ihrem Blut, auf der Pfennymache hörte ich von den gleichzeitigen Vorgängen vor dem Wehrkreis-

Borath 
Kinder- u. Krankennahrung
für Säuglinge, größere Kinder, Erwachsene
ärztlich empfohlen

beschäftigt über 2500 Facharbeiter und Angestellte.
„Er“ verschafft jedem Deutschen wieder einen schönen aufrechten Gang.
„Er“ sitzt wie angegossen.
„Er“ wird nur verkauft in unseren 114 eigenen Verkaufsstellen des In- u. Auslandes.


GER. CONRAD TACK SCHUM

WELTBEKANNTE

BATSCHARI

QUALITÄTSMARKEN


NEUE


White Star
Eden

